



Wochenchrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdike. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich, einmal Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 M., Einzelnummer 20 Pf., u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschlag an den Text auf Zeitbreite 1,20 M.

Nr. 45.

Berlin, 4. November 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: S. 47: Arbeit- und Führertagung des Bundes Deutscher Osten. / S. 48: Die neue Verfassung in Schweden. / S. 48: Der politische Aufbau in Polen. / S. 49: Verhältnisse in der britischen Ostindien. / S. 48: Der politische Aufbau in Polen. / S. 49: Verhältnisse in der britischen Ostindien.

Arbeits- und Führertagung des Bundes Deutscher Osten.

Am 28. und 29. Oktober fand in den Räumen des „Volksdeutschen Klubs“ die zweite Arbeit- und Führertagung des Bundes Deutscher Osten statt. An ihr nahmen außer den Mitarbeitern der Bundesführung die Führer der Landes- und Untergruppen sowie eine größere Zahl von Amtsträgern teil. Sie diente dazu, durch Erprobungsanstöße Anregungen für die weitere erfolgreiche Ausgestaltung der Osterarbeit zu geben und eine Reihe grundsätzlicher Fragen in der zukünftigen Arbeit zu klären.

Bundesführer Dr. Lüdike begrüßte einleitend besonders herzlich den Schriftführer der Bundesgruppe Ostmark, Gruppenführer Pp. Siegfried Rische, Frankfurt a. d. O. Er dankte diesem dafür, daß er durch seine Teilnahme an der Tagung des BDO erneut seine Verbundenheit mit dem Osten bekundet habe, den er an der Spitze der ostmärkischen SA gemeinsam mit anderen verbitterten Führern und Vorkämpfern der deutschen Erneuerung in jahrelangem jähen und opferreichen Kampf für die Idee Adolf Hitlers gemessen hat. Ebenso begrüßte Dr. Lüdike den Schriftführer der Untergruppe Grenzmark Polen-Westpreußen, Landesobstmann Pp. Siebing. Der Schriftführer des BDO, Oberpräsident Pp. Kubz, hatte der Tagung seine herzlichsten Grüße gesandt.

Ansprache des Bundesführers.

Auf die Entwicklung der Osterbewegung, die im Bund Deutscher Osten ihre neue organisatorische Form gefunden hat, eingehend, führte Bundesführer Dr. Lüdike dann u. a. folgendes aus: Eine Osterbewegung hat es gegeben, solange es eine deutsche Geschichte gibt. Die Osterbewegung des 19. Jahrhunderts war durch zwei Faktoren mitbestimmt, durch das Erlebnis der politischen Aufstände, das dem deutschen Volke die Gefahr, die ihm vom Osten bedroht, klargemacht hat, und durch die liberale Grundtendenz des politischen und geistigen Lebens, die eine politische Befreiung der deutschen Osterarbeit verbürgert hat. In dieser Zeit ist der aus dem Geist Bismarcks erwachsene „Deutsche Ostmarken-Verein“ das gute Gewissen Deutschlands in den Ostfragen gewesen. Nach dem Zusammenbruch sind dann eine Reihe von Organisationen entstanden, die in ihrer Zusammenfassung die deutsche Osterbewegung darstellten. Diese Verbände haben niemals ein Ganzes gebildet; und so ist die Osterbewegung zu einer hilflosen Zusammenfassung aus eigener Kraft nicht gelangt.

Zeitwendig war, wenn die Selbstlosigkeit und Zielstreue der Osterarbeit garantiert werden sollte, eine neue, treff geführte Organisation, in der es kein Neben- und Gegenüber mehr gab, und die sich auf das gesamte Gebiet der Osterarbeit erstreckte. Dabin lautet der Auftrag, den der Leiter des Außenpolitischen Amtes, Pp. Alfred Rosenzberg, im April d. J. erteilte. So ist der Bund Deutscher Osten, wie er heute besteht, der Erfolg einer politischen Auseinandersetzung, in der es darauf ankam, die Selbstlosigkeit der organisierten Osterbewegung auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung zu erneuern.

Bei der gegenwärtigen politischen Situation ist die Arbeit, wie sie der BDO, in seinen hat, unentbehrlicher denn je. In den vergangenen 15 Jahren wurde noch viel vom Osten gesprochen; aber hinter den Worten fand kein einziges Volk und kein geschlossener Wille. Der Osten verlor und Deutschland trieb einen neuen, noch größeren Zusammenbruch entgegen, als es ihm im Jahre 1918 durchgemacht hatte. Vor diesem Zusammenbruch wurde Deutschland durch den Nationalsozialismus gerettet. Wenn die Welt jetzt das neue Deutschland bekennt, dann zeigt sie, daß sie vom

Wollen der nationalsozialistischen Bewegung eine willig irrtige Beteiligung hat. Der Kriegsplocher der Anderen hat der Führer eine Offenheit für den Frieden entgegengebracht, einen Frieden, der auch für Deutschland ehrenvoll ist und ihm kein Recht auf Gleichberechtigung sichert. Der BDO wird die vom Führer vorgesehene Politik niemals verlassen. Diese Politik will einen friedlichen, für Deutschland und Polen tragbaren und ehrenvollen Ausgleich haben. Somit ermahnt den BDO, die Pflicht, das ganze deutsche Volk auf dem Boden nationalsozialistischer Weltanschauung zum Verständnis des Ostens zu führen, es reif zu machen für die Erfüllung seiner Mission, ihm immer wieder in Wort und Bild und Erleben zu zeigen: Das ist der Osten, der Schicksalsraum der deutschen Nation.

Dr. Lüdike gab nunmehr einen ausführlichen Bericht über die vielfältige Arbeit der Organisation und stellte fest, daß der BDO niemals Schicksale überdauern immer nur Mittel zum nützlichen und staatlichen Aufbau sei.

Der stellvertretende Bundesführer Dr. Ebielle berichtete anschließend über praktische Fragen, insbesondere über die große

Ostausstellung.

die vom 1. Dezember dieses bis zum 10. Januar nächsten Jahres vom BDO in Berlin veranstaltet wird. Die Ausstellung, über deren Aufbau und Bedeutung sich Dr. Ebielle bereits am Tage vorher in einer Pressebesprechung eingehend geäußert hatte, wird nämlich das Gebiet von Ostpreußen über Oberhessen bis zur bayrischen Ostmark und zeitlich die Jahretausende von der Steinzeit bis zur Gegenwart umfassen. Sie wird ein ersthöchsteßendes Bild dessen bieten, was diese deutschen Gebiete an geistigen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leistungen hervorgerbracht haben. Die Ausstellung gliedert sich in vier Abteilungen. In der ersten Abteilung soll gezeigt werden, wie der Mensch des Ostens auslief, und was er geleistet hat. Hier werden zunächst nicht die Bilder berührt, sondern einfach der Mensch, die Bilder ostdeutscher Bauern, Fischer usw. gezeigt. Dann wird der Mensch des deutschen Ostens dargestellt, der zu besonderer Bedeutung gelangt ist. Einzelne Reizen zeigen den Anteil des Ostens an der deutschen geistigen Entwicklung. Persönlichkeiten wie Kopernikus, Richter, Einemondorf werden in ihrer Bedeutung für das germanische Leben herausgestellt. Hier wird das ostpreussische Schrifttum der Gegenwart, der Ostpreußen in der bildenden Kunst und der Ostpreußen Schrifterspezifität dargestellt werden. Die 2. Abteilung der Ausstellung ist der Landschaft des deutschen Ostens gewidmet. Zunächst wird das lieblich der ostpreussischen Landschaft gezeigt; dann folgen die markantesten Gegenden des deutschen Ostens. In einer Eingruppung wird die ostpreussische Landschaft in der Malerei veranschaulicht werden. In der 3. Abteilung, die das Leben in Ostpreußen darstellt, ist der Mensch in Ostpreußen dargestellt, wie eine Gruppenausstellung der Osten in der „Börse“, eine weitere „Die Osterbewegung des Mittelalters“ gezeigt. Die 4. Abteilung: „Der Osten und unsere Zeit“ wird allein vom Stadtwesen des siebenbürgischen Ausstellungshauses umfassen. Hier wird dargelegt, wie durch Verfalls das Ostgebiet zerfiel und durch jährliche Hemmnisse das Wirtschaftleben zum Verfall getrieben worden ist. Eine besondere Gruppe ist dem Kampf des deutschen Volkes im Osten widmet. „Die ganze Ausstellung spielt in dem Thema: „Der Osten als deutsche Aufgabe.“ Hier werden u. a. dargestellt werden: „SA und PO im Kampf um den deutschen Osten“, „Die junge Generation und der Osten“, „Die Arbeit der ostpreussischen Frau“ und „Die deutsche

Siedlung im Osten". Während der Ausstellungszeit werden jährliche Veranstaltungen in Sibirien, Ostasien, Sibirien, durch Bessin und Potsdam stattfinden. Sonderzüge werden die Besucher aus Mittel-, West- und Süddeutschland nach Berlin bringen.

In der folgenden Erörterung kamen organisatorische und arbeits-technische Fragen zur Sprache. Es bestand Einigkeit darüber, daß aus engste mit allen Stellen der Partei, mit SdA, Frauenschaften, PD, ujm., zusammengearbeitet werden müsse, und daß die Landes- und Untergangspräsidenten Wert darauf legen müßten, auch mit den Behörden in engster Verbindung zu stehen. In allen Gebieten der Oberarbeit eine größtmögliche Einheitslichkeit erzielt und der Oberarbeit im Rahmen der Gesamtarbeit der NSDAP der ihr gebührende Platz eingeräumt wird. Der Landesführer der Ostmark, Dr. Kriebel, berichtete u. a. über die Vorbereitungen, die er für die allgemeine Durchführung einer „Stunde des Offens“ in den Schulen getroffen hat. An einem bestimmten Tage soll in allen Volksschulen die letzte Unterrichtsstunde in einem gemeinsamen Vortragsmaterial hat die Landesgruppe in einem Heftchen zusammengestellt. Ein lebhafter Meinungsaustausch, an dem sich die Pgg. Cries-Oberrhausen, Müller-Altenau, Hartlieb-Kösel, Dr. Lüdtke und Dr. Ehle beteiligten, ermittelte sich über die Frage der **Vaterländischen**. Der Gedanke, daß Orte in Mittel- und Westdeutschland die besondere Betreuung armer ostdeutscher Gemeinden übernehmen, — schon im Jahre 1924 im Rahmen der Ostmarken-Stille beim Wiederablauf Ostpreußens nach der Russennot gesehen ist —, wurde von allen Rednern gebilligt. Es wird Aufgabe der Landesführer sein, zwischen den Orten im Osten, die einer speziellen Betreuung bedürfen, und den Gemeinden im Westen, die zur Übernahme von Vaterländischen bereit sind, die Vermittlung zu übernehmen. Hinsichtlich der Pressearbeit wurden von beider Seiten auf Grund eigener Erfahrungen wertvolle Angaben gemacht. Die Pressekonferenzen, wie sie vom Landesführer Berlin, Dr. Ehle, veranstaltet werden, haben sich als zweckmäßig und erfolgreich erwiesen. Dadurch, daß geeignete Zeitungen zu amtlichen Publikationsorganen des VDO bzw. seiner Untergliederungen gemacht werden, ist es bereits vielfach, so besonders im Bereich der Landesgruppen Ostmark, Hannover, Halle-Merseburg u. a., gelungen, in eine fröhliche und feste Verbindung zur Presse zu kommen und diese für ein lautes, freies, freies-erklärende über die Ostfragen im allgemeinen und über die Arbeit des Bundes im besonderen zu interessieren. Eine ganze Reihe von west-, mittel- und süddeutschen Zeitungen haben sich auf Betreiben der Landesführer schon bereit erklärt, in regelmäßigen Abständen besondere Ostbeilagen, deren Redaktion den betreffenden Stellen des VDO vorbehalten bleibt, zu bringen.

Dr. Alfred Rosenberg spricht.

Reisleiter Alfred Rosenberg, der sich trotz seiner Arbeitsüberlastung in der Wahlperiode des VDO, geworden ist, die Arbeit der Vorkommnisse im Volkschulenhilfsamt in Dänemark nach Deutschland gekommen. Vor dem Kriege wurden bereits Versuche unternommen, nach dänischem Vorbild zu arbeiten. Aber zu starker Entfaltung und größter Bedeutung ist das Volkschulenhilfsamt erst nach dem Kriege gelangt. Von verschiedenen Gruppen und unter verschiedenen Gesichtspunkten wurde in Deutschland sein Ausbau versucht. Von ihnen ist im wesentlichen nur eine Gruppe erfolgreich gewesen, und zwar die, die sich als Volksschulenhilfsamt, Volksschulenhilfsamt und Bauernhochschulen zu schaffen. Zu nennen sind im Osten: Jablonka in Ostpreußen, Henkenhagen in Pommern und Reichensbach in Schlesien. Die Volkschulenhilfsarbeit wird demnach auf eine neue Grundlage gestellt; das Geleit über die Volkschulenhilfsarbeit steht schon zur Beratung. Dann kann alsbald der Ausbau erfolgen. Volksschulenhilfsarbeit muß aus der Vorkommnisse heraus entstehen. Es gibt nur eine wirkliche Art von Volksschule, das nämlich Lehrer und Schüler in einem Hause zusammenwohnen und arbeiten. Es kommt bei der Volkschulenhilfsarbeit nicht darauf an, daß dem Schüler möglichst viel Wissen vermittelt wird, sondern darauf, daß der deutsche Mensch wieder eine lebendige Beziehung zum Volkstum und Heimat erhält. Man muß sich von dem Bildungsmotiv der vergangenen Epoche loslösen. Das Wichtigste an der Volkschulenhilfsarbeit wird immer das Heim und das erzieherische Erlebnis des kameradschaftlichen Zusammenlebens bleiben. Aufgabe des VDO, wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Volkschulenhilfs des Ostens von dem Geist der durch den Rationalsozialismus erweckten neuen deutschen Ostbewegung erfüllt werden.

Bölker noch werden rängen müssen. Das deutsche Volk sei den anderen in Rumpeltranz, das sie aus das Recht, warum zu glauben, daß das deutsche Volk noch eine große Zukunft habe. Was den VDO, online, so sei die Erteilung des Auftrags an Dr. Lüdtke und Dr. Ehle, die Oberarbeit auf eine neue Grundlage zu stellen, eine der ersten Handlungen des Außenpolitischen Amtes gewesen. Die NSDAP, ist davon überzeugt, daß auf diesem Gebiet endlich und gründlich Ordnung eintreten müsse. Es sei immer nützlich und zweckmäßig, wenn die amtlichen Stellen es in die wichtigsten Fragen, die es die Offizien sind, nur mit einer Stelle zu tun haben, die bereit ist, ein halbes Jahr lang zu arbeiten. Es ist notwendig zu fragen, Abhilfeleide gab Pa. Rosenberg seiner Rede darüber Ausdruck, daß die Arbeit des VDO, in stetigem Fortschritt ist, und daß es trotz vieler Widerstände im zunehmenden Maße gelinge, zu einer festsitzenden Einheit zu gelangen und die fähigsten Kräfte unter einer zielbewußten Führung zu sammeln.

Dr. Lüdtke dankte Pa. Rosenberg für seine Worte, die von den Leitnehmern mit harkem Beifall aufgenommen wurden, und überreichte ihm zusammen mit der Mitgliedskarte Nr. 1 das Abzeichen des VDO, auf dem das Ordenskreuz und das Hakenkreuz, das Geleit der deutschen Ostbewegung und das Symbol der deutschen Erneuerung miteinander vereinigt sind. Ein dreifaches Siegel auf dem Reichsteiler Alfred Rosenberg brachte die Verbundenheit des VDO-Führers mit ihm zum Ausdruck.

Major Dr. Wagner sprach in ihrem Ausdrucksform ein umfassendes Bild von der Tätigkeit des Volkschulenhilfsamtes Ostpreußen in Zusammenhang mit den Umwälzungen, die sich im Fernen Osten vollziehen, und mit den Spannungen, die den postjordanen Raum durchkreuzen und das Ostgebiet der Sowjets erfüllen. Er kennzeichnet die Ereignisse und Wandlungen im Fernen Osten als Folgeerscheinungen und zugleich Gestaltungsformen des imperialistischen Weltstrebens. Dr. Lüdtke erwiderte diese Ausführungen, indem er das, was sich gegenwärtig in Deutschland, und hier ausstehend, auch in anderen Ländern auf wirtschaftlichem, politischem und geistlichem Gebiete vollzieht, als die Wende vom Internationalismus zum Nationalismus, vom Kapitalismus zum Sozialismus charakterisierte.

Am Anluß an diese grundsätzlichen Erörterungen berieten die Landesführer und Sachbearbeiter über die praktische Arbeit der einzelnen Landesgruppen und Amter. Abschließend sprach der Reichsleiter, „Arbeitsschritte für Erziehung und Unterricht“, Pa. Alfred Dabelko, über das

Volkschulenhilfsamt,

dessen Pflege im Osten nach der Vereinbarung mit dem „Rumpfbund für deutsche Kultur“ eine Aufgabe des VDO, geworden ist. Die Arbeit der Volksschulenhilfsamtes in Dänemark, die nach dem Kriege in Dänemark nach Deutschland gekommen. Vor dem Kriege wurden bereits Versuche unternommen, nach dänischem Vorbild zu arbeiten. Aber zu starker Entfaltung und größter Bedeutung ist das Volkschulenhilfsamt erst nach dem Kriege gelangt. Von verschiedenen Gruppen und unter verschiedenen Gesichtspunkten wurde in Deutschland sein Ausbau versucht. Von ihnen ist im wesentlichen nur eine Gruppe erfolgreich gewesen, und zwar die, die sich als Volksschulenhilfsamt, Volksschulenhilfsamt und Bauernhochschulen zu schaffen. Zu nennen sind im Osten: Jablonka in Ostpreußen, Henkenhagen in Pommern und Reichensbach in Schlesien. Die Volkschulenhilfsarbeit wird demnach auf eine neue Grundlage gestellt; das Geleit über die Volkschulenhilfsarbeit steht schon zur Beratung. Dann kann alsbald der Ausbau erfolgen. Volksschulenhilfsarbeit muß aus der Vorkommnisse heraus entstehen. Es gibt nur eine wirkliche Art von Volksschule, das nämlich Lehrer und Schüler in einem Hause zusammenwohnen und arbeiten. Es kommt bei der Volkschulenhilfsarbeit nicht darauf an, daß dem Schüler möglichst viel Wissen vermittelt wird, sondern darauf, daß der deutsche Mensch wieder eine lebendige Beziehung zum Volkstum und Heimat erhält. Man muß sich von dem Bildungsmotiv der vergangenen Epoche loslösen. Das Wichtigste an der Volkschulenhilfsarbeit wird immer das Heim und das erzieherische Erlebnis des kameradschaftlichen Zusammenlebens bleiben. Aufgabe des VDO, wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Volkschulenhilfs des Ostens von dem Geist der durch den Rationalsozialismus erweckten neuen deutschen Ostbewegung erfüllt werden.

Einen Bericht über die Arbeit der

Landesgruppen Ostpreußen

gab der Untergangspräsident Westpreußen, Graf Brockdorff-Planitz. Die Arbeit des VDO, in Ostpreußen besteht u. a. darin, Öffentlichkeiten, in denen die Probleme Ostpreußens und seine Verflochtenheit mit der Problematik der osteuropäischen Staaten aufgezeigt werden, vorzubereiten und weiterzuführen; ferner darin, den Leuten von Menschen, die schließlich aus dem „Reich“ zu dem Verfallung zu stellen. Vor allem aber kommt es darauf an, die Ostpreußen selbst zu bewußten Ostpreußen zu erziehen. Es muß hier nachgeholt werden, was ehemals verfallen worden ist. Man hatte früher vergessen, daß Kultur nur dann etwas ist, was halten kann und lebendig wirkt, wenn sie nicht von oben herab gebracht wird, sondern von unten herauf. Politische Erziehung ist nicht möglich, wenn sie nicht von dem Dorfe ein klares Bewußtsein von der Verantwortung

lung gibt, die er trägt. Doch diese Schulung in Ostpreußen auf fruchtbarere Arbeit fallen muß, die Abhängigkeitsverhältnisse bestimmen, die der Ostpreuße im Jahre 1920 gezeigt hat.

über die Voraussetzungen und Aufgaben der Arbeit des B.D.O. in den Grenzmarken Polen-Westpreußen

Irpschen Landeshauptmann Dr. Siebing und Untergrenzgruppenleiter der Grenzmark Schultat Pax. Dr. Siebing befaßigte sich mit den Schwierigkeiten, die der Arbeit aus der räumlichen Zerrissenheit des grenzmarktischen Verwaltungsbereiches erwachsen, da dieses sich von den Amtsbereichen der Politischen Organisation, der SA und anderen für die Grenzarbeit notwendigen Einrichtungen, Selbstverwaltung, Gebiete, die sich für die Grenzarbeit in der Provinz aus der Aktivität der politischen Minderheitsgruppen in den Kreisen Mierzig, Bombel und Slottow ergibt. Was die Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Siedlung in dem waldreichen Grenzlande anlangt, hob er die Überlegenheit der primitiven Siedlungsmethode gegenüber dem kollektiven Siedlungsverfahren, hervor, das bisher auf deutscher Seite angewandt wurde.

Die Ausführungen Dr. Siebing über die politischen Minderheitsfragen in der Grenzmark wurden von Schultat Pax noch besonders ergänzt. Die Einstellung der deutschen Stellen zu diesen Schulen muß von der Minderheitsförmigerordnung als von einer nur einmal bestehenden Tatsache ausgehen. Jost überall ist ein Rückgang der Schullerzahl in den polnischen Schulen festzustellen; die Klagen, mit denen polnische Verbände besorgt die amtlichen deutschen Stellen zu beschäftigen pflegen, sind nur vorübergehender Natur. Die Ursachen des Rückganges liegen im wesentlichen bei den Polen selbst. Für die Minderheitsföhrer, die fast durchweg polnische Staatsangehörige sind, ist die Lage allmählich unbefriedigend geworden; sie haben sich finanziell heute nicht mehr besser als ihre Kollegen in Polen, zum Teil sogar schlechter als diese. Notwendig ist praktische deutsche Aufbauarbeit im Grenzgebiet. Hier ist noch unendlich viel zu tun; gerade hier muß die Elite der deutschen Arbeiterschaft eingestellt werden.

Vorbesüherer Hannus West-München, ein Mitkämpfer des Führers seit 1919, gab ein Bild von der Arbeit der

Landesgruppe Bayern-Obfr.

Doch die bayerische Staatsregierung die einzige Regierung im ganzen Reich, die bei der Gründung des Bundes Deutscher Osten die erledigten Funktionen der Landesgruppen, die sie übernahm, selbst übertrug. Die früheren Berliner Regierungen haben wenig Verständnis für den Osten gehabt, am wenigsten für den bayerischen Osten. Daß es eine Aufgabe zu erfüllen gibt, die nicht bei Dresden oder Bielefeld endet, sondern hinabreicht bis Passau, das ist erst den meisten Menschen in Norddeutschland erst bekannt worden. Die Welt der bayerischen Osten ist noch manches an Aufklärung und Werbung zu leisten. Daß er benutzt und klar den Gedanken der Einheit der deutschen Organisation zur Richtschnur seines Handelns gemacht hat, das hat ihm von Anfang an die tatkräftige Unterstützung der bayerischen Regierung geliefert. Rorridor, Danzig usw., das sind alles schmerzende und wichtige Fragen, aber sie sind nicht so wichtig, das man darauf verzichten kann, um die eigene Sache zu erledigen. Die Leute, die nach dem 30. Januar Deutschland verlassen haben, haben ganz richtig erkannt, noch so aus sie ihre gegen das Reich geleistete Arbeit am wirkungslosesten einbringen können; sie sind nicht nach Westdeutschland gegangen, sondern nach Prag. Wenn die Brundstapel über Europa entzündet wird, wird es "Drag sein, das sie entzündet, die Hauptkräfte das jenseits und südlichste unter den jamaikanischen Wäldern.

Dr. Beer entwarf dann ein Bild von der Not der bayerischen Ostmark, die in Deutschland beiläufig ist, ein Bild von den Schwierigkeiten und Industrieverhältnissen, wie sie kürzlich die Ausstellung in der bayerischen Goldschmelze gezeigt hat, und schließlich auch ein Bild von der Bedrängnis des Deutschtums im Sudetenland, wo der Widerstand mit unerschütterlicher Stabilität und Brutalität davor ist, das als Gefolgschaften der Kämpfer in die Hände zu geraten. Die deutschen Menschen durch Entzweiung und Arbeitslosigkeit zu zerstören und mißbillig zu vernichten und durch Zerstückelung ihres Organisationsmenschen den Deutschen ihre politische und kulturelle Führung zu nehmen. Der Bund Deutscher Osten, so hob Dr. Beer, muß eine spezifische Aufgabe zu erfüllen: Er hat den Osten mit dem Westen, aber auch den Norden mit dem Süden in Verbindung zu bringen und sie in die Hände zu arbeiten für die in Arbeit zu bringen, die in den Norden für und im Süden.

Der Abteilungsleiter in der Berliner Funktion und Leiter des Amtes für

Offiziell

in dem Bund Deutscher Osten, Dr. Herbert Wöhme, erläuterte kurz die Aufgabe seines Amtes. Als erstes kommt es darauf an, das Schrifttum des Ostens sowie das Schrifttum über den Osten zu sammeln und zu sichten, um es dann Schulen, Vorträge und anderen Anstalten zu empfehlen. Um dieses Schrifttum zu sammeln, sind im Süden arbeiten für die in Arbeit zu bringen, die in den Norden für und im Süden.

Der Bund Deutscher Osten ist, wie Dr. Püdike ergänzend berichtete, unter anderem mit der Schaffung einer Anthropologie

schon deutscher Gedächtnis und mit der Vorbereitung von ostdeutschen Heimatabschriften um befaßigt. Er hat weiter die Aufgabe übernommen, die Schulbücher, die im nächsten oder übernächsten Jahr neu aufgelegt werden, im Sinne einer aktiven Einstellung zum Amt zu bearbeiten. Deswegen ist er beauftragt worden, durch sein Amt für Offiziell die Richtlinien für die künftige Gestaltung des Geschichtsunterrichts in den deutschen Schulen zu bearbeiten.

Der Gefäßleiter der

Landesgruppe Schlesien,

Dr. Müller-Altenu, gab einen interaktiven Bericht über die Tätigkeit des B.D.O.-Arbeit in der westlichen Ostpreußen — nach Polen und nach der Tschekoslowakei hin — einen bedeutender Charakter erzählt. Dr. Müller ging unter anderem ausführlich auf die durch das Verbot der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in der Tschekoslowakei gestellten Lage ein; er erläuterte die Möglichkeiten der tschechoslowakischen Frage und erläuterte die Spannungsverhältnisse im tschechischen Böhmen- und Sudetenlande, die durch die Emigranten aus Deutschland noch verschärft worden sind. Wie stark übrigens die Notwendigkeit einer einheitlich und stark geführten Arbeit gerade in Schlesien und besonders in Ober-Schlesien, wo die polnischen und tschechischen Stimmigen am stärksten sich kreuzen, empfunden wird, geht aus der Tatsache hervor, daß schon viele Tage, nachdem die tschechische Landesgruppe des B.D.O. ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, sich sämtliche Stellen, die sich mit der Grenzarbeit befaßigten, bis mit allerlei Anfragen und Aufträgen eingestellt haben.

Dr. Hartlieb-Gödel befaßigte sich in seinen Ausführungen vor allem mit der Frage der Emdensichtung in Schlesien und flammierter Orts- und Siedlungen in Ostdeutschland. Dem B.D.O. erzählt hier eine besondere Aufgabe, die in ihrer nationalpolitischen Bedeutung heute noch vielfach erkannt wird.

über die noch im Aufbau begriffene Arbeit der

Landesgruppe Sachsen

berichtete der stellvertretende Landesführer Dr. Eupold. Er schilderte die Notlage des industriereichen Grenzgebietes und hob die Zweckmäßigkeit eines einheitlichen Vorgehens der tschechischen, bayerischen und tschechischen Landesgruppen in der Behandlung der tschechischen Grenzfragen hervor.

Der "katholischen" "Angelegenheitskommission", Dr. Carier, befaßigte ausführlich über die Arbeit der B.D.O. im Westen. Hier ist noch manche alte Vorarbeit des Westdeutschen gegenüber dem Osten und seinen Zweigen niederzulegen, noch sehr viel auf dem Gebiete der Wirtschaftserklärung für den Osten zu tun und manches Verständnis der früheren Jahre auf organisatorischen Gebiete nachzuholen. Im Hinblick hieran besprach Dr. Oberpollitz zum die besonderen Bedingungen, denen sich die Arbeiter und Mitglieder der Grenzgruppen des Reiches ausgesetzt sehen. Die Zusammenarbeit und Vorgesprächen in den Bund Deutscher Osten enthält. Es ist klar, daß der Aufstellungsbeschlusses, nachdem er in der Übergang, daß die alten Normen den Anforderungen der neuen Zeit nicht mehr entsprechen, einmal gefaßt worden ist, auch teltlos durchgeführt und demgemäß der gesamte Mitgliederbestand des alten Reichsbundes in den Bund Deutscher Osten übergeführt werden mußte. Alles, was in der Arbeit des alten Reichsbundes miteilte und nützlich gewesen ist, wurde im Rahmen des B.D.O. nicht nur erhalten, sondern mit Hilfe der größeren Stoffkraft, die der gelieferten Organisation des B.D.O. innewohnt, noch erweitert und ausgebaut werden.

Der holl. Bundesführer Dr. Schiele führte, anknüpfend an die Berichte der Landesführer, u. a. aus. Das Wesentliche an der gegenwärtigen Arbeit ist, daß die jungen Menschen, die im Kampf gegen die Nazifizierung aufzutreten sind. Der Nationalsozialismus steht erst am Beginn seiner aufbauenden Arbeit. Es gilt, mit dem Kampfe für den Osten Bewegung die Arbeit in Angriff zu nehmen. Der Bund Deutscher Osten ist dazu berufen, auf seinem für die Schaltung der deutschen Zukunft entscheidenden Arbeitsgebiete die nationalsozialistische Welt in mehrfacher Hinsicht zu bringen. Seine ganze Arbeit muß stets von dem einen Gedanken durchdrungen sein. Was können wir dem, was mir als dem Wesensgehalt der nationalsozialistischen Weltanschauung erkannt haben und was der Führer uns vorlebt, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Lebens im Osten zum empfindlichen Siege verhelfen. Um hierzu zu gelangen, muß die Schulung von einheitlichen Gesichtspunkten ausgehen, die möglichst umfassend der Arbeit im Osten, die eine ganz weltweite Bedeutung der Grenzländer darstellt, und die im Osten vielfach auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden muß, über die Jugendarbeit, die vom B.D.O., der ja keine eigene Jugendarbeit betreibt, im engsten Einvernehmen mit der Hitlerjugend gefördert wird, bis zur Volksschulung überleitet und Erreichung der Bildung auf dem Gebiet. Dr. Schiele erwähnte, die vielbesprochenen Beschlüsse der B.D.O. eingehend, u. a. die Frage der ostdeutschen Erachten, deren Erfordernis, Pflege und Neugestaltung bereits im Zusammenwirken mit den Frauenschaften und anderen Stellen in Angriff genommen worden ist, sowie das Väterereignis, in dem engste und erfolgreichste Zusammenarbeit mit dem Grenzbiereibenfeld geschieht ist.

Rachdem sich noch Pa. Dr. Andres von der Fortschrittstelle für Randkriegsgeographie mit dem weiten Aufgabengebiet des Bundesamtes für Wissenschaft und Forschung befaßt hatte, wurde die Arbeits- und Führertagung mit einem

Schlußwort des Bundesführers

geschlossen. Dr. Lüdtke führte u. a. folgendes aus: „Meine Parteigenossen! Aus den letzten Worten haben Sie gehört, welche Ziele und Aufgaben mir in erzieherisch haben. Das Bundesamt für Wissenschaft und Forschung hat besonders wichtige Aufgaben übernommen. Ich ziehe nicht an die Reihe, diese kennzeichnen zu sollen, doch mit die Bevölkerung der Ostgebiete und die Abgesandten, die noch lebendige Jugend der großen schicksalhaften Ereignisse sind, dazu heranziehen, ihre Erlebnisse aufzuzeichnen, Insondern daß wir darüber hinaus zu einer intensiven ostdeutschen Familien-, Sippen- und Namenforschung kommen wollen. Das Bundesamt für Wissenschaft und Forschung soll allen in Frage kommenden Stellen der Wissenschaft Aufträge geben, nach denen sie zu verfahren haben. Die Ausgabungen im Gebiet der Erforschung irgendeines Epizels des Stammbaues sind außerordentlich interessant und begründet, aber uns ist das Fernstehen außer der Reich. In dieser Zeit des Kampfes um unser Dasein in der Wissenschaft nicht mehr das muskulöse, dem Leben fernstehende Wesen führen, in dem sie sich in einem bloßen Wissenschaftler als getrennt hat. Aber Väter der Ostgebiete, die den bewußten Kampf um den Ostraum bestreitet hat, gibt es verhältnismäßig wenig; in Polen finden Sie Väter darüber, daß Zeit Stolz Pole gewesen sein soll. Dort können Sie auch überall Väter über den „Polen“ Romanus finden. Dagegen entdeckte ich in einer der größten deutschen Buchhandlungen nach langem Suchen endlich ein Buchlein, das 80 Pf. kostete, — das war alles, was man über die großen des deutschen Ostens aufzufinden konnte. Das Buch für Wissenschaft und Forschung, das in seinen Abteilungen von der Vorgeschichte bis zur Randkriegsgeographie gehen wird, hat hier einzusehen und Auftragen für die Erforschung des Ostens zu geben.“

Wir haben die meiste Arbeits- und Führertagung des Bundes Deutscher Osten abgeschlossen. Die erste fand statt, als wir dem BDO. Ende Mai begründeten. In diesem selben Raum sprachen wir zusammen und lernten uns kennen. Am 21. Juni begann der Winterkrieg und wir von der Bundesführung mit dem Handeln und Untergruppen führen zusammenkommen, und ich möchte als das nicht unwichtigste Ergebnis unserer Tagung verzeichnen, daß wir uns persönlich kennen gelernt haben, daß wir wissen, wer in diesem Kampf um Deutschlands Zukunft und um die Zukunft des deutschen Ostens unsere Mitarbeiter und Mitkämpfer sind. Das Bündnis, das in diesen Tagen zwischen uns als Menschen, die für die Freiheit und um die Zukunft des Ostens zu kämpfen wollen, geschlossen ist, soll im Sinne unseres Rationalsozialismus ein Bündnis der Kameradschaft und der Freundschaft sein. Wir sollen das Wort Führer und Gefolgschaft nicht in jenem liberalistischen Sinne auf, daß der Führer vom grünen Tisch der irgendwelche Anordnungen erläßt, die sich im praktischen Leben nicht verwirklichen lassen; sondern wir bilden eine einzige Kameraderie, die zusammenführt, der eine als Führer, die anderen als Gefolgschaft, aber wir sind bis zum letzten durchdrungen von dem Willen um unser Ziel und um unsere Arbeit.

Eins steht seit Beginn unserer Arbeit fest: das ist der große deutsche Ostraum, in welchem die deutsche Geschichte und das deutsche Volk überhaupt erst geworden sind. Das deutsche Volk, das eingezogen war zwischen Rhein und Elbe, damals wahrhaftig ein Volk ohne Raum, fiel aus dieser erdrückenden Enge nach Schwaben, Ost- und Westpreußen, in alten germanischen Volksboden, den es wieder erddeckte. So entstand das Schick-

sal, in dem wir uns als Volk vollendet haben. Die junge Generation der Jahrhundert ist es gewesen, die wagemutig ins Ostland zog und dieses Land den germanischen Menschen und der nordischen Seele zurückgab. Aus einer Totalität hat heraus ist der Osten erwacht. Im Osten fand sich das ganze deutsche Volk, Franken, Sachsen, Alemannen, Slawen, Bayern, Schwäbinger, Niederländer, zusammen zur

Totalität des deutschen Volkes.

Das deutsche Volk in seiner Totalität ermahnt in dem großen Raum einer einheitlichen, vieler Ostraum, der nun wieder jetzt und verlagert wurde, und um das Lebensaufgabe zu werden. Wir werden alles das, was dem deutschen Menschen des Ostens bodentätig macht und was im deutschen Menschen eine Osterbereitschaft, ein Offengehen zu schaffen instand ist, zusammenfassen, zusammenballen und aus ihm Aufbaustoffe für die Zukunft schaffen. Wir werden auch in der Erkenntnis der Ostfragen vorankommen. Die Aufgaben der Bundes- und Ostgruppenführer haben eine Suite von Problemen aufgeworfen, auf Sie haben gegeben, daß es in Ostpreußen, Ostböhmen, Bayern, Rheinland-Westfalen, in der Grenzmark Posen-Westpreußen, in Pommern und Ostpreußen jeweils anders aussieht, während das Grundproblem doch immer wieder das gleiche ist. Als im Sommer dieses Jahres eine Pressefahrt westdeutscher Journalisten vom Rhein, der Ruhr und der Saar nach Ostpreußen stattfand, haben uns dort die Freunde, die fest unter uns wirken (Str. Wroblewski, Dr. Sudas-Wehstien, anführer und viele Probleme geklärt. Man kann den Randkrieg eben nicht verstehen, wenn man diesen „einigen Zugang“ Ostpreußen nicht selbst erlebt hat. Man kann von der Bayerischen Ostmark nicht reden, wenn man sie nicht durchwandert hat. Man kann von Ostpreußen und Ostpreußen, von Ober- oder Niederpreußen nicht wirklich Zeugnis ablegen, wenn man sie nicht in sich aufgenommen hat. Daher beschäftigen wir speziell. Erläutern sollen die Bundesgruppen ihre Führer als Kameraden untereinander ausstatten. Der Bundesführer von Bayern mag in Ostpreußen der Bundesführer von Ostpreußen in Bayern sprechen, der Bundesführer vom Rhein mag in die Ostmark gehen, der von der Ostmark zum Rhein. So wird ein Austausch entstehen, der auch das Gefühl der Kameradschaft und der inneren Verbundenheit erstarken läßt. Sodann werden wir künftig Insofern für die Arbeit des BDO. und des Gebietes Ostpreußen verantwortlich sein. Alle unsere Bundesführer müssen die Grenzgebiete und Elbst bis Paffau aus eigener Anschauung kennenlernen.

Wir sind in diesen Tagen zusammengekommen in einem neuen Deutschland. Seit unserer ersten Führertagung hat sich Deutschland innerlich geteilt. Von gegenüber sind Kräfte am Werk, die dies weiterhin wirksam widerstreben wollen. Wir haben da oben zur Seite Das Hakenkreuz, das über uns flattert und das in der Mitte unseres Wappens in dem Ordenskreuz steht, ist das Kreuz des aufsteigenden Lebens. Gerade wir ostdeutschen Menschen haben dieses aufsteigende Lebensymbol gewählt, um zu zeigen, daß wir an die Worte des Hoch-Wesfels-Glaubens, die wir in früheren Kampfzeiten so oft gesagt haben:

„Der Gai für Freiheit und für Brot bricht an!“

Wir danken dem Führer, der Deutschland aufgerufen hat „Wir grüßen ihn, wie immer, so auch in dieser Stunde mit der heißsten Liebe. Wir wissen, daß Deutschland ohne Adolf Hitler nicht sein würde. Wir geloben, daß, wenn eine bittere Stunde kommt, wir treu bis zum Äußersten stehen und, wenn es sein muß, fallen werden, und daß nicht ein einziger aus diesem Hakenkreuz übermäßig abtrünnig und unrein wird.“ Wir geben uns in unserem Geistes das Gelübde, daß wir alle eber sollen, als daß wir von dem Deutschland des Rationalsozialismus lassen.

Unser Führer Siegfried!

Ostland-Woche.

Sean Lester — Wölkerbundskommissar.

Über drei Wochen hat der Wölkerbund gebraucht, bis er fertigbrochte, einen neuen Mann für den Posten eines Hohen Kommissars der Freien Stadt Danzig zu ernennen. Der bisherige Kommissar, der Österreicher Kelling, der Polen gegen sich und der Engländer gegen sich abteilend des Wölkerbundes erannt worden ist, wird das Danziger Kommissariat noch bis zum 15. Januar nächsten Jahres verwalten. Man wird an seine Stelle der Ire Sean Lester treten. Polen hatte sich der Kandidatur eines Iren bornärdig widersetzt, man sagt, weil „Düssibü Irland für eine Art englische Provinz hielt und unter keinen Umständen pagenen wollte, daß ein Engländer als Kommissar nach Danzig kommt.“ Der Polen gegen sich und der Engländer gegen sich Widerstand gegen Lester aufgab, ließ darauf zurückzuführen sein, daß „Düssibü über seinen Verstum hinsichtlich der staats- und völkerrechtlichen Stellung Irlands aufgeklärt worden ist. Es ist allerdings nicht möglich, daß Polen es für besser gehalten hat, die ohnehin recht schmale Position des Wölkerbundes durch seinen Widerstand nicht noch weiter zu untergraben, da das nötige Verlangen der Senfer Institution in der Danziger Frage ja schließlich nur dazu beitragen hätte, der Weltöffentlichkeit den Austritt Deutschlands bezüglich zu machen. Daran hat man in Warschau wohl wenig Interesse, obwohl

es sich denken läßt, daß man dort eine weitere Dauer des verrottlichen Zustandes in Bezug auf Danzig nicht ungenossen gelassen hätte. So konnte die Wahl Lesters schließlich mit der erforderlichen Einstimmigkeit erfolgen. Auch insofern ist eine Entspannung eingetreten, als der englische Außenminister das Amt des Berichterstatters über die Danziger Fragen im Wölkerbund, das er — durch den Wölkerbund — nach dem 1. November 1920 — niederlegen wird, übernommen hat. Sean Lester, 1889 geboren, trat im Jahre 1909 der Sinnfälligen Bewegung bei, bestrafte sich für Selbständigkeitsklärung Irlands im Jahre 1922 als Journalist, gehörte dann dem irischen Außenministerium an und wurde 1929 fängiger Vertreter Irlands beim Wölkerbund. Wiederholt trat er als Beauftragter des Wölkerbundes in den südamerikanischen Wirren auf; zuerst hatte er im Rate die Berichterstatterung über die Wiederbeilebung.

Das deutsch-polnische Vorabkommen verlängert.

Das deutsch-polnische Vorabkommen vom 11. Oktober über die polnische Westfront während der Durchführung der allgemeinen Wählerberechtigungen ist bis Mitte Dezember verlängert worden. Die Verlängerung des Vorabkommens deutet darauf hin, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau

sis nicht ganz ohne Schwierigkeiten gestaltet haben. Die neue Vereinbarung zeigt aber, daß der Wunsch zu einem vertragsmäßigen Ausgleich der Interessen auf beiden Seiten fortbesteht. Bekanntlich enthält das Vorabkommen einen polnischen Bericht auf Anwendung der Bestimmungen des polnisch-deutschen Handelsvertrages von 1921 für diejenigen Länder mit, mit denen Polen in keinem handelsvertraglichen Verhältnisse steht. Deutschland läßt hierfür die Zustimmung, daß es seine Rechte auf Sondermaßnahmen gegen die polnische Einfuhr nach Deutschland vorbehalten.

Senkung der Danziger Hafengebühren.

Der Danziger Hafenausschuß hat am 30. Oktober 1933 einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Der Ausschuß hat in Ausführung des Beschlusses vom 12. März 1932 der Polnischen Regierung und dem Senat der Freien Stadt Danzig am 18. September d. J., in der heutigen Sitzung eine weitgehende Herabsetzung seiner Hafengebühren sowie anderer Gebühren des Danziger Hafensystems durchgeführt. Im Interesse der polnischen wie der Danziger Wirtschaft hat der Hafenausschuß auf solche Weise bedeutende finanzielle Opfer auf sich genommen, die nur teilweise durch mögliche Erparnisse in seinen Ausgaben gedeckt werden können. Die Umschlagkosten im Hafen von Danzig hängen jedoch ab nicht nur von den Abgaben und Gebühren, die vom Hafenausschuß erhoben werden, sondern im großen Maße sind sie bedingt durch die Höhe der Kosten der verschiedenen Leistungen, die mit dem Umschlag verbunden sind und auf den Hafenausschuß durch den Einfluß hat. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat den Senat der Freien Stadt Danzig und die polnische Regierung, andererseits die zuständigen wirtschaftlichen Verbände Polens und Dании, sowie alle interessierten Handelskreise aufmerksam zu machen auf die Notwendigkeit, somit es in ihrer Möglichkeit und Zuständigkeit liegt, alle entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Annullierung der Umschlagkosten im Danziger Hafen zu verhindern. Die Wünsche des Hafenausschusses sind im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit dieses Hafens gegenüber anderen Häfen zu heben.“

Nach einem Bericht des WZV beträgt die Senkung bei den von den Schiffen erhobenen Gebühren 40—50 vom Hundert, bei den auf der Ladung liegenden Gebühren etwa 30 v. H. Dadurch wäre eine Angleichung an ein Handelsniveau des Hafens von Wingen nummehr erreicht.

Deutschland verläßt den Internationalen Gerichtshof.

Die Reichsregierung hat dem Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund mitteilen lassen, daß sie nicht beabsichtigt, die von ihr bei dem Gerichtshof anhängig gemachten Klagen weiter zu verfolgen. Infolge dieses Beschlusses wird Deutschland als Nichtamte gegen Polen eingereichten Klagen wegen der Anwendung der polnischen Agrarreform auf die deutsche Minderheit und wegen der Züchtlich-Pflechtigen Verwaltung. Der Hooger Gerichtshof, der auf Grund der Völkerbundklagen errichtet worden ist, wird an sich durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde nicht mitbeeinträchtigt, da seine Zuständigkeit in bestimmten Beträgen festgelegt ist. Die in Rede stehenden Klagen sind jedoch von Deutschland in seiner Eigenschaft als Nichtamte eingereicht worden, die zur Einbringung von Klagen wegen Verletzung der Minderheitenschutzverträge aktiv legitimiert war. Nachdem Deutschland seinen Austritt aus dem Völkerbunde angezeigt und auf die meisten Teilnahme am Völkerbunde praktisch verzichtet hat, könnte — obwohl der Austritt erst in zwei Jahren rechtlich Wirkung erlangen wird — die Legitimation der Klagen bestritten werden. Es ist daher durchaus folgerichtig, wenn die Reichsregierung einen derartigen formellen Einwand nicht abgarnert, sondern durch das Sollenlassen dieser Klagen von sich aus den notwendigen Austritt aus dem Völkerbunde nochmals wirkungslos bekräftigt.

Deutscher Wahltag in Ostoberschlesien.

Bei den Wahlen für die Kirchenschlichterhöfen der evangelischen Gemeinde Rattich am 22. Oktober haben die Polen eine außerordentliche Niederlage erlitten. Von den abgegebenen 726 Stimmen entfielen auf die deutsche Liste 732. Die Polen, die vor den Wahlen dem Kirchenrat ein gänzlich polnisches Geleit geben wollten, erhielten für ihre Liste nur 455 Stimmen, womit sie im Gemeindefunktionärwahlrecht überhaupt nicht in Erscheinung treten. Für die Wahl der Gemeindevertretung wurden 3124 Stimmen abgegeben. Hierfür kommen auf den deutschen Wahlvorstand 2936 Stimmen, während die polnische Liste nur 83 Stimmen erhielt. Damit hat die Polen in der Gemeindevertretung nur mit einem Sitz vertreten. Die Deutschen erhalten 19 Sitze.

Auch in Königsbütze wurden die kirchlichen Körperschaften neu gewählt. Auf dem deutschen Wahlvorstand entfielen 1474 von 1834 abgegebenen Stimmen. Für die polnische Liste abgegebenen Stimmen reichten nicht einmal für ein Mandat aus.

In Rybnik war überhaupt nur ein deutscher Wahlvorstand eingetragt worden, so daß die Kirchenvertretung und der Kirchenrat dort zu 100 v. H. aus deutschen Mitgliedern bestehen.

Polnischer Wöbel beschimpft die deutsche Flagg.

Polnischer Wöbel hat in Bromberg die deutsche Flagg beschimpft und dadurch die internationalen Schiffsahrtsbestimmungen schwer verletzt. Der am 20. März 1933 verlassene deutsche Stückdampfer „Sinnant“ fuhr mit drei Schleppkähnen in der Richtung nach der Ostsee durch Bromberg und mußte an der Stadtränge eines Verkehrsbüroalles wegen halten. Vorübergehend erhob den Dampfer gegen, daß der Dampfer die schwarz-weiß-rote Flagg führte. Zu wenigen Augenblicken hatte sich eine große Menschenmenge angeammelt. Drohungen wurden laut, die Flagg herunterzureißen, falls sie nicht eingezogen würde. Die Schiffsbesatzung sah sich veranlaßt, die Flagg „Sinnant“ fuhr mit den Menschenmenge, begleitete den Dampfer auf seine Weiterfahrt. Als der Dampfer den Stadtrand erreicht hatte, wurde die Flagg vom neuem gehißt. Als bald setzte ein Steinregen ein, der die Werdrände des Dampfers besoldigste und viele Scheiben zertrümmerte. Ein Teil der an der Brücke versammelten Menge hatte allerdings vor Ausschreitungen gewarnt und auf die internationalen Schiffsahrtsbestimmungen hingewiesen. Die wenigen Betraufigte fanden jedoch kein Gehör. Die Bromberger polnische Presse, die über diesen Vorfall kurz berichtet, nennt die Ursache, daß der deutsche Stückdampfer dem internationalen Schiffsahrtsbräunen entsprechend die Landesflagge trug, eine „freie Drokokation der Deutschen“ und fügt hinzu, daß Polen derartige Herausforderungen niemals dulden dürfe. (H)

Das Vemberger Attentat.

Wenn irgendwo einmal in Ogalien eine Diktose losging — und das noch dort in den letzten Jahren nicht selten der Fall —, dann hieß es immer: Die Deutschen sind schuld; die Deutschen sind es, die die illegalen Organisationen der Ukraine Ogalien, insbesondere die ebenso aktive wie legendäre „ukrainische Organisation“ mit Geld und Waffen und Propagandamittel versorgen. Es ist zwar noch niemals ein Beweis für eine derartige Verpaupung beigebracht worden. Aber das müßte doch ein merkwürdiger Fall sein, denn etwa Zweifel und Bedenken aufkommen, wenn die Zeitungen schreiben: Die Deutschen sind schuld. Die Verpaupung entbehrt die polnische Presse der Mühe, sich über die Lage in Ogalien, wie sie wirklich ist, Gedanken zu machen. Mit dieser Behauptung lassen sich am bequemsten die modernen Urlosungen jener Akte verwickeln. Rotmehr verurteilen, zu denen sich immer wieder ihr Volk irreführen will, Ukraine hinterziehen lassen. Damit läßt sich vielleicht auch das Ausland am leichtesten davon abhalten, sich für die Lage der Ukraine in polnischen Staaten geneuer zu interessieren. Auch sehr wird in der polnischen Presse wieder die alte und für die Armen im Geiste doch sehr wieder neue Legende von der Schuld der Deutschen verbreitet: Ein 18-jähriger Ukrainer hat den Sekretär des sowjetischen Konsulats in Vemberg erschossen. Der „Wien Pomoritz“ vom 25. Oktober behauptet, über das Ergebnis der gerichtsmäßigen Untersuchung folgendes erfahren zu haben: „Die Regeln, die dem Dok Molotov verurteilt haben, kommen aus einem Anwalt des Systems „Orghel“. Bekanntlich sind Pooler diese Exys aus der Reichweite der Reichweite der Reichweite der Reichweite im Handel nicht zu haben. Es würde sich unheimlich auf die metoischen Mördertrüben hinweisen. Im Zusammenhang mit dem Mord ist auch folgende Ursache von Interesse: Die deutschen Sonntagstagszeitungen brachten genaue Berichte über den Mordanschlag in Vemberg, wobei auf der Seite des Käters genannt wurde. Hier ist festzustellen, daß weder am Sonnabend, noch am Sonntag niemand in ganz Polen gegen einen unheimlichen Verfall von der Seite der Käters konnte. Ungehörig erhebt sich also wiederum die Vermutung, daß die deutschen Zeitungen die Berichte über den Anschlag aus sehr guter Quelle haben, die ausgezeichnet informiert ist und also verleiht.“ „Mit diesem viefelgenen „Wellecht“ schließt der „Wien Pomoritz“ seinen „Bericht“ über das Ergebnis der Untersuchung. Das Wort erhebt also gegen die deutsche Presse, die von der Seite der Anschläge zum Mord. Aber in Moskau fällt man auf diese Ablenkungsmanöver nicht herein. An der Moskauer „Wesnik“ wird in einem in sehrer Ton gehaltenen Artikel, die Coleray gewisser polnischer Verböden“ gegenüber der „antiozialistischen Kampagne, die in einem Teile Polens mit außergerichtlichem Schlichter geführt wird“, für das Vemberger Attentat vorantretlich gemacht. Die Darlegung kommt der Wirklichkeit am ehesten am ehesten, als keine von der polnischen Presse verbreitete Legende von der deutschen Urheberschaft. Als sicher kann jedenfalls gelten, daß der Attentäter die Absicht hatte, die furchtbare Not, in der seine Volksgenossen in der Sowjetukraine leben, an einem Vertreter des Moskauer Regimes zu rächen. Und es ist trotz der betont fremdschäfflichen Beziehungen zwischen Warschau und Moskau doch immer noch zu hoffen, daß das antische Polen davon interessiert ist, daß unter den Ukrainern dieses Staates Aburigung unter Feindschaft gegen die Sowjets bestehen.

Das deutsche Volk will den Frieden,
aber einen Frieden der Ehre
und der Gleichberechtigung!



Der Erich Koch-Plan.

Die Bevölkerung Ostpreußens soll in verhältnismäßig kurzer Zeit um 1½ Millionen vermehrt werden. Mit dieser programmatischen Erklärung ist ein Erich Koch-Plan auf einen unpopulären und deutlichen Formel gebracht. Ingleich wird mit dieser das Ziel festlegenden Formulierung der Plan dem Voratz theoretischer Erörterungen entzogen und auf die Ebene wirtschaftlichen und politischen Willens gestellt. Wenn das Ziel erreicht werden soll, dann kann es nicht auf dem Wege bloß landwirtschaftlicher Siedlung geschehen. Wenn der Vorrat an Siedlungsland in Ostpreußen reicht, ist die erste Voraussetzung für die Siedlung bereits gegeben, nicht im entferntesten aus, um der Menschheit Arbeit und Brot zu verschaffen, um die nach dem Erich Koch-Plan die Bevölkerung Ostpreußens vermehrt werden soll. Durch eine "Dortstellung des gesamten landwirtschaftlichen Bestandes über 1000 Hektar wären in Ostpreußen insgesamt mit noch etwa 50 000 Ackerlosestellen zu schaffen. Demgemäß liegt das Schicksal der dort nach dem Plan des ostpreussischen Oberpräsidenten zu leistenden Arbeit auf industriellen Gebiet. Man muß zugeben, daß das, was bisher in dieser Hinsicht in Ostpreußen versucht und getan worden ist, nicht eben ermutigend wirkt. Wie mancherlei Anläufe, die z. B. auf dem Gebiete der Kartoffelstockherstellung und der Holzverarbeitung, der Textil- und Nahrungsmittelindustrie usw. zu verzeichnen sind, sind mehr oder weniger im Sande verlaufen. Bei der Auswertung der ostpreussischen Ernte in den letzten Kriegsjahren ist auf ein bedenkliches "Wies zusammengefallen. Dieser Schrumpfungsgang hat jedoch die städtische Wirtschaft in Königsberg und Elbing, wie auch die Mittel- und Kleinindustrie des Landes etwas erholt. Schuld daran ist nicht nur die politische Verheerung des europäischen Ostens, die durch die Kriegspolitik, die Absperrung der Provinz vom russisch-polnischen Hinterlande z. B. durch die Absperrung der ostpreussischen Seemilitärstraße bedingt ist. Schuld daran ist ebenfalls die liberalkapitalistische Wirtschaftsführung, die eine wirtschaftliche Beteiligung im politisch gefährdeten Osten des Reiches erstrebt oder gar schließweg abgelehnt hat, weil ihr eine Kapitalanlage dort mit einem zu großen Risiko verbunden erschien, und die eine Handelspolitik betrieben hat, deren Tendenz durchaus von dem Interesse des industriellen Ostens abweicht. Die letztere ist der wichtigste Grund, der auch die geradezu zu einem Dogma erstarrte Meinung zu Hilfe, daß der Osten von Natur aus bestimmt ist, ein Agrarland zu sein und zu bleiben, während andererseits die Industrie eine Wirtschaftsform sei, die nur im Westen und in den Großstädten zu bestehen vermöge, daß also eine agrarisch-industrielle Arbeitsteilung zwischen Osten und Westen zu bestehen habe.

Der Industrialisierungsplan geht von folgenden Überlegungen aus: Ostpreußen ist heute gemungen, einerseits seinen nichtagrarischen Bedarf zum weit überwiegenden Teil aus dem Reich zu beziehen, und andererseits für den überflüssigen landwirtschaftlichen Produktions- und zur Ernährung von etwa 3 Millionen Menschen ausreicht, weit entlegene Märkte aufzusuchen, auf denen es gegen andere, günstiger gelegene Landwirtschaftsgebiete nur mit Mühe aufkommen kann. So ist Ostpreußen sowohl als Verbraucher als auch als Produzent durch lange Transportwege verbleibt, ein Zustand, der seine Wirtschaftsentwicklung ganz erheblich erschwert. Es kommt darauf an, den ostpreussischen Binnenmarkt zu stärken, also der ostpreussischen Landwirtschaft einen möglichst aufnahmefähigen heimischen Absatzmarkt zu verschaffen. Das kann durch den Aufbau von Industrieen geschehen, die ebenfalls wiederum in der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Provinz einen sicheren und handlungsreichen Grundstock von Abnehmern besitzen. Die Industrialisierung Deutschlands hat sich während der vergangenen liberalistischen Epoche in Formen vollzogen und Erfolge gezeigt, die sich für den einzelnen als schädlich und für das Volk als verhängnisvoll herausgestellt haben. Wenn jetzt von einer Industrialisierung des Reiches die Rede ist, dann ist dabei natürlich nicht an eine neue Zusammenballung unterschiedlicher Industrieen in großstädtischen Mietskasernen gedacht. Sondern es soll räumlich innerhalb Ostpreußens ein gesundes Mißstandsverhältnis von Industrie und Landwirtschaft hergestellt werden. Nicht in der Großstadt Königsberg sollen neue industrielle Großbetriebe, sondern in den kleineren Orten der Provinz und auf dem flachen Land an möglichst tiefer und kleinerer Industriebetriebe entstehen. Die Industrie soll sich gleichmäßig und möglichst gleichmäßig verteilen. Dabei sollen bestimmte Industrien in bestimmten Gebieten, die in bezug auf Verkehrslage, Rohstofflieferung, Absatzverhältnisse usw. für sie besonders geeignet sind, angelegt werden. So werden in den diebstahlreichen Viehzuchtgebieten die Nahrungsmittelindustrie, in den maldrischen Gebieten die Holzverarbeitung, in Gebieten, die dem Aufbau des Freilager Dreiecks und um Elbing die eisenerzeugende und Maschinenbau für Provinz benötigten Standort erhalten. Unter allen Umständen soll verhindert werden, daß neue Industrieanlagen, wie sie die letzten Jahrzehnte herangezogen haben entstehen. Als Grundsatze soll daher gelten, daß der Staat die Standorte bestimmt. Das legt natürlich voraus, daß der Staat auch dafür sorgt, daß das Schienen-, Land- und Wasserfrachten in entsprechenden Maße ausgebaut wird. Die Industrialisierung soll nicht wieder die Menschen von ihrem Orte fremden, sondern im Gegenteil gerade ein Mittel dazu sein, auf

dieserjenige, für die kein Platz mehr in der Landwirtschaft ist, auf dem Land zu halten; darüber hinaus sollen noch andere aus den Industrieleuten der Provinz heraus heraus auf Land gebracht werden. Sie sollen dort selbsttätig bleiben, aber dazu ein Stück Land erhalten, das zwar klein genug ist, um von ihnen selbst und ihren Familienmitgliedern bearbeitet werden zu können, aber auch groß genug, um ihnen für den Restfall einen breiten Erwerbungsgrundstück geben und in ihnen das Bewußtsein zu wecken, auf eigenem Boden zu stehen und eine Heimat zu besitzen.

Ostpreußen hat von 1871 bis 1930 rund 900 000 Menschen durch Abwanderung in andere Reichsteile und ins Ausland verloren. Dieser Zug nach dem Westen ist, nachdem die Industrie „im Reich“ keine zusätzlichen Arbeitskräfte mehr aufnehmen kann, im Steigen geraten; und seit 1931 hat Ostpreußen wieder einen Einwohnerrückgang zu verzeichnen. Diese Umkehr nach Ost, die sich hier unter dem Druck der Wirtschaftnot zu vollziehen beginnt, soll durch die Industrialisierung Ostpreußens verhindert und kulminiert ausgebaut werden. In Zukunftsunternehmungen in Mittel- und Westfalen sollen vorzuziehen werden, Silalabetriebe in Ostpreußen zu gründen und damit zugleich Teile ihrer Belegschaften in diese Provinz zu verpflanzen. Es werden Maßnahmen getroffen werden, die wachstümlich genug sind, um die alten Gedanken der Unternehmerrchaft zu vertreiben, daß die industrielle Entwicklung in Ostpreußen nicht möglich ist, wenn ein gewisses Industrie- und Handwerk der ostpreussischen Industriebetriebe in der Weise gedacht, daß sämtliche Behörden durch Gesetz verpflichtet werden, ihren Bedarf den ostpreussischen Wirtschaftskammern zu melden, die ihrerseits dann zu prüfen haben, ob dieser angemessene Bedarf durch ostpreussische Betriebe gedeckt werden kann. Gedacht ist ferner daran, daß in Ostpreußen anfallende Industrie durch Staatseinkaufungen, Kredite, Zinsgünstigkeiten usw. einem gewissen Rahmenmaßstab gegenüber der Restwirtschaft im Reich zu liefern.

Während nach den ostpreussischen Wirtschaftskammern gemeinsam mit dem Königsberger Ausschuss des Instituts für ostpreussische Wirtschaft in Königsberg und anderen Stellen mit der Einplanung der Erich Koch-Planes beschäftigt sind, werden schon die ersten praktischen Maßnahmen auf Grund dieses Planes in Angriff genommen. In Marienburg ist eine Milchkonferenzfabrik im Entstehen, deren 60 Arbeiter Wirtschaftskammern mit je zwei Wirtschaftskammern verbunden werden sollen. Diese Wirtschaftskammern nehmen eine Fabrik für elektrotechnisches Porzellan als Silalabetrieb einer hitzigenigen Firma, die von dort aus den englischen Markt beliefert, eröffnet; mit einer Reihe weiterer Firmen sind ebenfalls bereits erfolgversprechende Verhandlungen im Gange. Zu gleicher Zeit sind in allen Teilen Ostpreußens viele Komitees von Arbeitern mit der Ausarbeitung und Erweiterung des Straßennetzes beschäftigt. Der Ausbau des Nationalstraßennetzes wird ebenfalls in der Provinz mit dem Königsberger Seebahn verbunden, ist in greifbarer Nähe gerückt. Die Elektrizitätswirtschaft ist im Ausbau begriffen, um den zu erwartenden steigenden Anforderungen genügen zu können. In Anferburg, Dillkallen, Darkehmen und Treuburg, in Stalupönen, Sensburg, Soldau und Gumbinnen werden neue Krankenhäuser errichtet bzw. bestehende Häuser erweitert. Überall regt sich in Ostpreußen neues Leben und Schaffen.

Ostpreußen hat bei der Festlegung der Arbeitslosigkeit bewiesen, daß die Wirtschaft aus einer neuartigen inneren Haltung heraus aufbauen vermag. Es hat auf ein Gebiet, auf dem bisher der individualistische Geist des Liberalismus geherrscht hat, die selbsttätige Disziplin des Preußentums übertragen. Es hat sich mit dieser Leistung die Achtung auch benachteiligten Kreise im Reich erworben, die bisher glaubten, auf die rückhinkende Provinz mit dem Hochmut des kultivierten Ostens herabzusehen zu dürfen. Das politische durch seine Arbeitslosigkeit geleistet hat, was es für Deutschland geleistet. So ist auch der Erich Koch-Plan eine Angelegenheit, die nicht Ostpreußen allein angeht, sondern an der ganz Deutschland teilnehmen muß. Wenn im Laufe weniger Jahre die Bevölkerung der Provinz um 1½ Millionen vermehrt werden soll, dann ist das nur dann möglich, wenn die 1½ Millionen aus dem Reich heraus Ostpreußen verpflanzt und dort selbst gemacht werden sollen, als diese Provinz im Laufe von sechs Jahrzehnten durch den Drogen aus dem Westen eingewandert hat. Und wenn Ostpreußen mit Hunderten von neuen Industriebetrieben durchsetzt werden soll, ohne daß sich hierdurch die industrielle Gesamtkapazität Deutschlands vergrößert, so heißt das, daß die Wirtschaftsstruktur des Reiches sich tiefgreifend ändern muß. Die Wirtschaft des Reiches wird sich ändern müssen, die durch die Entwicklung der letzten Menschenalter geschaffen und verschärften Spannungen zwischen dem Osten und dem Westen des Reiches gemildert. Wohlstand und Wirtschaft sind das Schmerzgewicht Deutschlands mehr nach dem Osten verlagert. Wenn dann Ostpreußen einmal mit 2,5 Millionen die gleiche Bevölkerung eines Wirtschaftsrums mit hoher intelligenter Eigentümerzeugung sein

(Fortsetzung auf Seite 483)

Landstrich in der bayerischen Ostmark.

Wohlstand bringen wie einen Ausweg und einem demnächst er-
 wartenden Ausbruch von St. Martin zumal, der weiter das
 Wohlstande der Bevölkerung ...

15 Wahlkriegsjahre wieder. Wir beschränken unsere Betrachtung auf
 die 14 unmittelbar oder fast unmittelbar an die Hochoberrhein-
 angrenzenden Bezirksämter, also auf die vorerwähnte Grenzlinie.

Die bayerische Ostmark hat also in dem bezeichneten Grenzstreifen
 52 290 Einwohner durch Abwanderung verloren. Am härtesten ist der
 Wanderungsverlust in dem ohnehin dünn besiedelten und volkspolig
 am meisten unzulänglich bebauten auf der bayerischen Seite und in der
 oberbayerischen Schwaben- und Unter-Oberrhein, was aber nicht nur
 dem hiesigen, recht bedeutendsten Wanderungsüberschuss zuzurechnen, son-
 dern darüber hinaus die Bevölkerungsstärke unter die des Jahres 1913
 herabgedrückt. An den Bezirksämtern Cham, Waldmünchen an Ober-
 oberericht liegt der Wanderungsverlust bis auf ein Viertel der heute
 noch ortsansässigen Bevölkerung. Etwas günstiger ist die Lage in
 den Bezirksämtern der nördlichen Oberpfalz und des oberfränkischen
 Grenzgebietes. Aber nur, weil diese Bezirksämter meistlich an die
 große Hauptbahn München—Berlin betreiben, wo sich in verkehrspoli-
 tisch günstiger Lage in Weiden und Marktredwitz ein im por-
 zellangebiet von Selbstgrößere Bevölkerungsmittelpunkte herausbilden
 konnten.

ist schon die Ursache, daß das Grenzgebiet fast 12 v. H. der heute
 ortsansässigen Bevölkerung verloren hat, daß fast zwei kriegsar-
 tige Armeekorps der Grenzwehr das Feld vor dem Hunger räumen
 mußten, darunter ein ganzes, die Hälfte des Grenzgebietes, zu-
 fahrtbarm. Wenn man anstellt, welche Personen- und Altersklassen
 vor allem geschickt wurden.

Die oben angegebenen Ziffern umfassen Binnenwanderung und
 Auslandsauswanderung. Über die Binnenwanderung wurden bei den
 Behörden keine zuverlässigen Aufzeichnungen geführt, so daß sie nur
 als Ganze aus dem Unterschied zwischen dem Bevölkerungszahl und
 der ortsansässigen Bevölkerung abgibt der feststellbaren Auslandsaus-
 wanderung erdachtet werden können. Sicher ist nun hin durch
 die Volkszählung genau erfaßbare Auslandsauswanderung in Alters-
 klassen, so ergibt sich, daß 73 v. H. der Auswanderer der Altersklasse
 zwischen 20 und 40 Jahren angehört und daß davon wiederum gut
 drei Viertel Männer waren. Auf Grund von Stättproben kann man
 annehmen, daß die Altersgliederung der Binnenwanderung ungefähr
 die gleiche ist. Der im leistungsfähigen Arbeitsalter lebende Be-
 völkerungsstand hat also durch die Auswanderung ungefähr 150 000
 verloren wie alle anderen Altersklassen zusammen. Er beträgt etwa
 35 000 Abwanderer abgegeben haben. Das Ergebnis ist ein ungefahr
 Altersaufbau der Ostmarkbevolkerung. Die niedrigen und die höheren
 Altersklassen und die Frauen haben in der Ostmark einen höheren
 Anteil an der Bevölkerungszahl als im übrigen Bayern, die Zahl der
 erwerbsfähigen Männer liegt weit unter dem Landesdurchschnitt.

Eine weitere Umfrage über die Leistungsfähigkeit der Aus-
 wanderer hat jetzt ergeben, daß, was eigentlich selbstverständlich ist,
 gerade die tüchtigsten Männer der Ostmark durch die Auswan-
 derung flossen. Gewiß gibt es in der Ostmark eine große Zahl
 grenzbenaherter, Deutscher, die ihre ganze Lebenskraft dem Grenzkampf
 widmen und in Dienste dieses Kampfes auf eine Verbesserung ihrer
 Lage außerhalb der verarmten Heimat Verzicht leisten. Um allgemein
 aber liegen die Dinge doch, so daß gerade die unternehmungslustigsten
 jungen Menschen den Versuch zum Auswandern gefaßt haben. Gerade
 in ihnen der alte kolonialistische Antrieb des bayerischen Stammes
 noch lebendig war, streben hinaus aus der unterdrückten Enge.
 Grosenteils sind sie in Länder ausgewandert, wo heute noch gedroht
 wird: nach Kanada, nach Südamerika, nach Afrika. Die Binnen-
 wanderung mißachtet mit vornehmlich die besten Qualitätsarbeiter aus
 dem Grenzland herausgezogen, die auch anderwärts Aussicht auf Be-
 schäftigung hatten. Der ruffällige Wanderer ist heute fast aus-
 gekerbt ist aussen verarmt. Der Verlust trifft die Führerschaft, die in
 einem Grenzgebiet notwendig ist als irgendwo anders. Das äußert
 sich in einer Fülle von Anzeichen. So stellt z. B. ein Bezirksamt des
 unteren Waldes fest, daß nach der größten Auswanderungswelle Ge-
 sellschaften, Kurnetze, Selbsteinere, Volkstanzvereine —
 kurzum alle jene kleinen Personeneinrichtungen, die von der Tätigkeit
 eines einzelnen abhängig sind, verfallen. Diese Vereine, deren Mitglieder
 sind, mußten sich auflösen, wenn die kleinen Kreise, die Träger dieser
 Organisationen waren, ausgewandert sind. Das auch in englischer
 Hinsicht der Verlust jetzt ruffällig besonders wertvollen Bevölkerungs-
 schicht auf meine Sicht schwerwiegende Folgen haben muß, liegt auf
 der Hand.

Überhalb der letzten beiden Jahre hat die Auswanderung aus der
 Ostmark fast aufgehört. Im ganzen Deutschen Reich hatte die Arbeits-
 schicht einen Groß erreicht, der ihr Auswandern aus dem Reich
 auf Beschäftigung ergriffen worden und vorzüglich sich jeder Einwanderung.
 Insbesondere hat die Einwanderungserschließung in den Vereinigten
 Staaten von Nordamerika, die den Großteil der Auswanderer auf-
 genommen hatten, die Auslandsauswanderung fast vollständig beendet.
 Auf die Enge der notwendigen Heimat zusammengebracht, müssen die
 die nun sind, um die wachsende Exzente kapieren, die die Kriegsarmee
 ist es ihre Stärke, wenn die diese letzten Kräfte, die Grenzland
 erhalten können. Aber nur unter der Voraussetzung, daß die Volks-
 kammerarbeit oder Deutschen ihnen in ihrem schweren Kampf beist-
 steht und die Verweisung von ihnen weht, die sie festhalten in die
 Fremde getrieben hatte.

Bezirksamt	Bevölkerungs- zahl				Abwanderungs- verlust	Altersklassen- verhältnis 1913/1919/1921	Abwanderungs- verlust 1913/1921
	1913	1919	1921	1923			
Wegscheid	17 886	21 351	18 498	2 856	+ 609		
Wolfrathen	31 419	39 419	33 555	5 864	+ 2 236		
Graunau	20 344	25 854	22 750	3 104	+ 2 406		
Regen	29 311	38 539	34 549	3 990	+ 5 038		
Hirschbach	22 511	28 100	24 584	3 517	+ 2 275		
Landshut	27 157	34 237	29 292	4 945	+ 2 128		
Cham	30 916	38 600	30 913	5 687	- 3		
Waldmünchen	16 114	16 495	15 008	3 485	+ 1 106		
Oberderfing	15 366	17 973	14 481	3 492	- 585		
Waldmünchen	23 749	28 358	23 177	5 181	- 572		
Regensburg	51 214	61 641	59 124	1 717	+ 8 710		
Reichenbach	42 811	50 139	45 161	4 978	+ 2 350		
Waldmünchen	52 134	58 279	56 502	1 687	+ 4 458		
Regensburg	32 364	38 233	34 523	1 710	+ 2 159		
Zusammen:	444 970	497 221	446 770	52 970	+ 28 800		

(Fortsetzung von Seite 482)

wird, dann wird es auch in den Ostmarken im Osten für Deutschland
 ein ungleich größerer Bedeutung besitzen als heute. Es wird es
 in einem ganz anderen Ausmaß als heute ein Ruffall sein
 können, von dem der Wille des deutschen Volkes zum
 Osten ausstrahlt. Dann wird Deutschland nicht mehr dem Volks-
 druck seiner östlichen Nachbarn, der heute auf seinen Grenzen lastet,
 zu fürchten brauchen. Dann wird es zu jedem wirtschaftlichen Wett-
 kommen mit den Nachbarländern bereit sein. Wenn man
 sich, meist ungenutzten Einbruch — trotz moderner Kritik — in
 ihren Boden getraut hat, wie dieser Erfolg des preussischen Aufbaus
 willens der Zeit und Macht, aber mehr noch Wanderung und
 Anerkennung gefunden hat, dann kann man sich vorstellen, wie sich
 die Verwirklichung des ostpreussischen Industrialisierungsplanes
 jenseits der Grenze wirtschaftlich jugenden Deutschlands wird aus-
 wirken können. „Wir in Ostpreußen“, sagt die Ostpreußen in ihrer
 Rede in Hannover am 28. Oktober, „wollen in der Voraus-
 setzung schaffen, daß endlich im osteuropäischen
 Raum die Ruhe einkehrt, die notwendig ist, um den
 wirtschaftlichen Aufbau in allen Nationen des
 europäischen Ostens vornehmen zu können. Wir
 wollen keinen Imperialismus, wir sind bereit, uns mit den Nationen
 aus der Verbänden gleich zu sein, und sind nicht mehr im
 annehmen, daß das Interesse, das uns auf Grund des Friedens-
 truges von Versailles durch den Korridor angetan worden ist, durch
 kriegerische Auseinandersetzungen wieder gutmachen zu wollen. Wir
 glauben an die historische Mission des Ostens.“
 Dr. Kriebel.

Der Maurische Kanal.

Am Rahmen des östpreussischen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist der seit vielen Jahren geforderte Ausbau des Maurischen Kanals in Angriff genommen worden. Aus den für das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches vorgesehenen Mitteln sind 1,4 Mill. Mk. für Ostpreußen bewilligt, die für den letzteren gegenwärtige Regulierung der unteren Alle bestimmt sind. Diese Regulierung ist in Wirklichkeit schon der Beginn des Weiterbaus des Maurischen Kanals, da die untere Alle die Zugangstraße zum Maurischen Kanal bildet. Die untere Alle soll auf 11,5 Kilometer Länge ausgebaut werden, d. h. von der Mündung in den Pregel bei Weblau bis zur Abzweigung des Maurischen Kanals unterhalb Altenburg. Eine Regulierung der Alle ohne die Fertigstellung des Maurischen Kanals wäre zwecklos. Durch den Weiterbau der Kanals wird Ostpreußen in vier bis fünf Jahren beinahe 200 Kilometer Wasserstraßen erhalten, die namentlich der Verbindung des südöstlichen Teiles von Ostpreußen mit dem Seebezirk Königsberg dienen werden und damit eine große Verbesserung der gesamten ostpreussischen Verkehrsverhältnisse nach sich ziehen. Für Königsberg bedeutet die Fertigstellung des Maurischen Kanals einen vollen Erfolg für die Entzerrung der Memel-Pregel-Wasserstraße durch die Umwandlung des litauischen Seehandels nach Memel und durch die Unterbindung des Transitterkehrs auf dem Memelstrom infolge der litauisch-polnischen Differenzen. (Seit etwa 15 Jahren ist der große Holzverkehr auf der Memel-Pregel-Wasserstraße von Claugen nach Königsberg, der für den Vorkriegszeit um etwa eine Million Kubikmeter betrug, völlig erloschen, Königsbergs Dampfschiffahrt ist damit etwa um die Hälfte zurückgegangen.) Durch die Regulierung der unteren Alle und die Fertigstellung des Maurischen Kanals erhält Königsberg Verbindung mit dem schon jetzt fertigen maurischen Wasserstraßennetz, das sich in Zukunft wie folgt zusammensetzen wird:

1. Maurischer Kanal mit Unterlauf der Alle 62 Kilometer.
2. Maurische Wasserstraße von Johannisburg über den Spirding-See und den Maur-See bis Angerapp 88 Kilometer, davon der größte Teil mit zwei Meter Wassertiefe.
3. Weitere maurische Wasserstraßen 108 Kilometer, davon der Hauptteil mit über zwei Meter Wassertiefe.

Die in Majalen Kanal heute vorhandenen Wasserstraßen sind fast durchweg für die gleichen Schiffe benutzbar, die nachher auf dem Maurischen Kanal verkehren können. Auch für diesen ist eine Wasserstraße von zwei Meter Tiefe vorgesehen. Der Maurische Kanal erhält von der Alle bis zum Maur-See 10 Schienen, die 45 Meter Vau sind 15 Meter erhalten.

Für den Bau des Maurischen Kanals sind die ersten Mittel schon im Jahre 1874 bewilligt worden, woraus zu ersehen ist, wie hoch schon damals dieser Kanalbau eingeschätzt wurde. Es folgten dann aber noch über 30 Jahre hindurch dauernde Verhandlungen über den Kanal, gegen den namentlich die Landwirte wirtschaftliche Bedenken wegen einer Veränderung des Wasserpiegels der Seen hatte, bis schließlich im Jahre 1908 der Preussische Reichstag die gesamten Kosten für den Kanal bei einer jährlichen Zinsfuß von 4% mit 20 Mill. Mk. bewilligte. Im selben Jahre bewilligte auch schon 1901 Kanalbauverträge für den Kanal in Ankerberg eingerichtet, die jedoch infolge der erforderlichen neuen Vermessungen und der Herstellung der Baupläne noch fast zwei Jahre lang für die Vorbereitungen brauchten. Erst am 17. August 1911 konnte der erste Spatenstich im Bauabschnitt Allenburg getan werden. Nachher unterwarf der Reichstag die weit vorgeschrittenen Bauarbeiten, die dann allerdings wieder aufgenommen wurden und bis 1922 ihre Fortsetzung fanden, bis infolge der fortschreitenden Inflation die Mittel ausgingen. Es ist bisher folgendes gebaut worden: Von der Gesamtlänge des Kanals von 80 Kilometer entfallen etwa 4 Kilometer auf den Reblaus-See, 20 Kilometer sind vollständig fertig und planmäßig gefüllt, 10 Kilometer nur teilweise fertig. Womit fertig sind die Anlagen an der Mündung des Maur-Sees und ein Teil der Molenanlagen im Reblaus-See. Von zehn Schiffschleusen (einschließlich der Allenburger) ist eine vollständig fertig, eine zweite ist zum großen Teil fertig, vier andere etwa zu einem Drittel gebaut. Sämtliche zehn Driengebölle an den Schleuen und mehrere andere Driengebölle sind fertig. Das Specter am Maur-See ist vollständig fertig, von drei Strohbrücken sind zwei fast fertig. Alle vier Eisenbahndämme sind fertig und fertig und Betrieb, außerdem eine kleine Bahnhöfchenführung. Die vorhandenen 25 Straßenbrücken sind zum größten Teil fertig, ebenso die erforderlichen 20 Düker und Durchlässe für Vorfluter und Wasserläufe. (Dr. S. Steinert in „Königsberger Allgemeine Zeitung.“)

Die neue Verfassung in Estland.

Das Präsidium der estnischen Staatsversammlung hat das Ergebnis der Volksabstimmung vom 11. bis 16. Oktober bezüglich am 27. Oktober im öffentlichen „Staatsanzeiger“ veröffentlicht. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten betrug danach 739 416, also beträchtlich weniger, als vor der Abstimmung allerdings angegeben worden war. Während des Volksentscheides sind insgesamt 576 317 Stimmen abgegeben worden oder 78 v. H. aller Stimmberechtigten. Für die neue Verfassung stimmten 416 678 oder 56,4 v. H., dagegen 155 694, d. h. 21,2 v. H., die Wahlberechtigten immer auf die Gewalt der immerherrschenden Wähler bezogen. Ungültig waren 2545 Stimmen. Wie im Volksentscheid vorgehen, tritt die neue Verfassung am 100. Tage, gerechnet von der Veröffentlichung im „Staatsanzeiger“ in Kraft, mithin am 4. Februar 1934. Die Wahlen zur neuen Staatsversammlung und die Wahl des Staatspräsidenten müssen im Laufe von weiteren 100 Tagen, d. h. bis spätestens zum 15. Mai 1934 erfolgt sein. An derselben Nummer des „Staatsanzeiger“ ist nunmehr der genaue Wortlaut der im Volksentscheid angenommenen neuen Verfassungsbestimmungen veröffentlicht. Für die neue Verfassung kennzeichnend ist die völlige Verlagerung des politischen Schwerpunktes vom Parlament auf die Staatspräsidenten. Der Staatspräsident oder Staatsstälte, wie sein Titel in Estland lautet, ist Vertreter des Volkes und wird unmittelbar vom Volke gewählt, wobei der Wahlmodus dem in Deutschland für die Reichspräsidentenwahl gültigen nachgebildet ist. Die Gewalt der Staatspräsidenten wird durch die neuen Verfassung noch nicht eindeutig aufgegeben ist, so ist der Staatsstälte doch völlig Herr der Lage, da er die Staatsversammlung, das estnische Parlament, jederzeit nach Hause schicken kann und der Staatsversammlung gegenüber keine Verantwortung trägt. Der Staatsversammlung veranwortlich ist nur die vom Staatsstälte ernannte Staatsregierung. Am Ende jedoch die Staatsversammlung der Regierung für die Zukunft der Staatsgeschichte selbst verantwortlich. Die Regierung zu entlassen, sondern kann die Staatsversammlung auflösen und Neuwahlen ausbreiten. Die Staatsversammlung ist in ihren Rechten wesentlich beschnitten und, als äußeres Kennzeichen ihrer stark reduzierten Bedeutung, in ihrem parlamentarischen Bestande von hundert Abgeordneten auf fünfzig verkleinert. Gegen alle von der Staatsversammlung beschlossenen Gesetze einschließlich des Haushaltsgesetzes hat der Staatsstälte ein Vetorecht. Da die Staatsversammlung durch die Staatsversammlung, sondern der Staatsstälte das alleinige Recht hat, Gesetze zu verkünden, und ebenso das Recht besitzt, nach seinem Ermessen von der Staatsversammlung beschlossene Gesetze unverändert zu lassen und zu erneuter Verabschlusung an die Staatsversammlung zurückzuverweisen, so hat der Staatsstälte damit die Möglichkeit, das inkrafttretende Gesetz in nicht genehmem Gesetze zu verändern. Seine Einflüsse jedoch nur durch die Staatsversammlung, welche die Staatsversammlung erfolgter Wahl nach dem Staatsstälte beauftragte Gesetz ebenfalls annimmt. Der Staatsstälte verfügt ferner über alle

wichtigen Verordnungsrechte, wobei seine Verordnungen Gesetzeskraft haben. Die Staatsversammlung hat die Staatsverwaltung selbst, auch auf den Staatshaushalt und sogar auf die Hausordnung der Staatsversammlung. Die Verordnungen des Staatsstälten können allerdings von der Staatsversammlung aufgehoben werden, doch wird dieses Recht der Staatsversammlung angelehnt der überredenden Nachhaltung des Staatsstälten auch im Konfliktfall zwischen Staatsstälte und Parlament wenig wirksam sein. Der Staatsstälte ist oberer Verwalter der Verwaltung und ernannt und entlassen durch den Staatsbesitzer und Offiziere (sonst als auch die Richter des höchsten Staatsgerichtshofes). Die staatsrechtlichen Sendungen des Präsidenten bedürfen der Gegenzeichnung durch den zuständigen Fachminister. Ausdrücklich hieron ausgenommen sind jedoch die Verlegung oder Entlassung der Regierung oder einzelner Minister, die Ausbreitung von Reizen vor Ablauf der Legislaturperiode der Staatsversammlung, die Ernennung und Entlassung der Richter im Amt. Auf Grund bedingungen zum Endziele zu schaffen. Hierzu muß die der gestrichenen Regierung Caution fehlerhafte Organisation der Bewegung neu aufgebaut werden. Es soll in der nächsten Zeit eine Verfassung der Freiheitskämpferverbände abgehalten werden. Die Lösung muß vorzuschreiben beschließen, eine Vertriebskommission zu bilden und für die kommenden Staatsversammlung die Verfassungsentwurf vorzubereiten. Die Aufgabe der Staatlichen Regierung, die in der Verfassung enthalten sind die Freiheitskämpfer abzubauen, da in ihrer Gestalt, wie das Parteiprogramm „Wolltas“ stellt, nicht etwa sich über den Parteien lebende Regierung ins Amt getreten ist, sondern eine Regierung, die sich auf einen Teil der geschlossenen Systempartei stütze. Mehr als alles andere präzisieren gegen die Regierung, daß sie nur von der Unterstützung der Sozialisten leben, die beim Volksentscheid geäußerten gefügigen Voten. Die nächste Sache die die Bedeutung des staatskompetenhemung leistet, schreibt fest die Spaltung und Auflösung in den Systempartei fort. Die Unabwägbarkeit dieser Kreise der Rationalen Mittelpartei gegen ihre Führung hat auf die parlamentarische Fraktion der Partei übergegangen. Eine Reihe angelegener Abgeordnete hat ihren Austritt aus der Partei erklärt. Auch die Zivilistenpartei, die besonders erhellend gegen die Verfassungsentwurf Voten abgegeben hat, deren Abgeordnete angeordnet, die sich den Altkonventionen angeschlossen haben, da diese eher geriet sind, der neuen Lage der Dinge Rechnung zu tragen.

Der politische Aufstand in Posen.

Von Hermann Pischke.

(21. Fortsetzung.)

Wer den politischen Stil jener Tage kennt, merkt dem Aufzug an, daß er mit großer Vorhut abgeheißt ist. Dennoch ist er der grössten Schärfe. Daran kann auch die Vetterung nichts ändern, daß die "Polen jetzt entschlossen seien, ihre Ziele nur auf friedlichem Wege zu erreichen. Man soll diese Werbung nicht vorzeitig nehmen. Sie ist den Polen nichts neues, als ein Mittel ihrer Diplomatie, mit dem sie von jezt ab bei allen Gelegenheiten und an allen Orten aufwarten. Leider haben sie damit Glanzen gefunden, obwohl ihre Taten der Vetterung schnarftraks entgegenstanden. Viel man dem Aufzug in Kenntnis der nachfolgenden Handlungen, so findet man sie in ihm bereits in voller Klarheit vorzueinander. Der Aufzug fordert zur Wahl eines polnischen Landtages auf, der eine selbständige polnische Bohme schaffen soll, zu dem Zwecke, die polnischen Gebiete von dem Deutschen Reich zu trennen, und dieser Behörde die Aufgabe juremichi soll, in ihrem Gebietes jomohi die polnischen, wie die Angelegenheiten der dort mohnenden Deutschen selbständig zu verwalten, die Polen aufruft, sich militärisch zu organisieren.

Anders ist der Ausdruck, "treten wir daher in Reich und Glied, in die Handlungen des neuen Polen zu setzen" gar nicht zu verstehen.

Man müßte Zweifel haben, ob die preussische Regierung die Abhaltung einer solchen politischen Versammlung mit jom unerhörten revolutionären Zielen, die sich unmittelbar gegen die Hoheitsrechte des Preussischen Staates und des Deutschen Reiches richten, gestatten würde. Tatsächlich haben in Berlin auch mehrere Bedenken gegen die Veranstaltung der Versammlung geäußert. Sie hieß lang aus, obwohl die Posener Behörden sie empfohlen hatten. Die Polen waren gewungen, im Ministerium des Innern in Berlin vorzupreisen und um die Genehmigung zu bitten. Das geschah am 29. November. Es gelang ihnen, im Ministerium die Ansicht durchzusetzen, daß sich die Einberufung des Landtages nicht gegen die Hoheitsrechte des Staates richte, wie das gefolgt, ist kennzeichnend für ihr letzteres Verhalten. Nach dem gab es die Erklärung ab, daß sie keineswegs der Friedenskonferenz vorzellein würden. Als ihnen darauf vorgehalten wurde, daß der Selbstbestandtag das tatsächlich tun soll, leg man den Herren des Ministeriums gerobzu in das Gesicht, indem man vordrag, daß es sich überhaupt nicht um einen Selbstbestandtag handele. Diese Aufstellung müßte auf alle Überzeugungsfehler zurückzuführen. Es handelt sich bei der Einberufung nur um die Verwirklichung der Bestimmung des Reichsvertrages, die darin besteht, daß man eine Art von Volkskongress. Die preussische Regierung fiel wirklich darauf herein, wiewohl der polnische Ausdruck "Sejm diemichom" ganz unabweisbar war und eine andere Übersetzung als Selbstbestandtag gar nicht zulässig. Vor allem aber sprach der Text des Auftrags mit aller Deutlichkeit aus, was es sich dabei handele. In demnach gab man die Genehmigung. Man sollte sich überlegen, leider ist nicht bekannt, wer bei dieser Beratung die ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Jedenfalls verlief sie ganz im Sinne der Polen und auch in der Linie des Herrn von Gerlach.

Am Tage vor dem Zusammentritt brachten die Zeitungen, auch die "Auffahrt", eine "Rundgebung" an die deutsche Bevölkerung (siehe "Posener Tageblatt" Nr. 564 vom 2. Dezember 1918), die den Zweck hatte, die Aufregung der Deutschen zu beruhigen. Die Vorbereitungen jenseits des Stils für den Landtag, vor allem aber die Verwirklichung von Wohl- und Sicherheitsdienstes — man sprach von der Abweisung mit großen Patronen und Waffen — und gewisse Übungen und Inszenierungen der Bürgerwehr, dazu das Auftreten von Scharen von Skouts und Sokols ließen Schimmer befürchten. So fühlte man sich verpflichtet zu beruhigen. Auch die Rundgebung wiederholte die Behauptung: Getrennt der der Deutschen, das ist unsere Verantwortung, daß die Polen durchaus nicht gemeint sind, den Bestimmungen des einstigen Friedenskongresses gemäÙam vorzuzuziehen, sondern bereit sind, auf dem Boden der jetzt bestehenden Verhältnisse weiter zu arbeiten, und daß die Zusammenkunft der Delegierten durchaus nichts Deutschfeindliches in sich bergen soll, und fügte dann fort: "Es wird auch Sorge dafür getragen werden, daß von unzufolgenden Elementen diese erste und mehrteilige Stimmung in eine Welt der Ruhe und der Ordnung überzuführen. Dem Vorhaben der Versammlung, fort mit jeglicher Verhetzung. Dem Vorhaben der Streitigkeiten wollen wir gefolgslos, aber mit Ruhe und Ernst entgegengehen."

Der polnische Selbstbestandtag nahm folgenden Verlauf: Am Vormittag des 3. Dezember fand in allen polnischen Kirchen ein Selbstbestandtag statt. Die polnischen Kinder hatten schaffte. Die Anwohner in der Marktkirche versammelten sich zum besondern Zweck und eine außerordentliche Teilnahme aus. Hier hielt der Erzbischof Dalbor selbst das Hochamt, und einer der schärfsten polnischen Redner, der Probst und Landtagsabgeordnete Stuchel, hielt die Selbstpredigt. Nach dem Hochamt ordneten sich die Teilnehmer in einem Festzuge. Sokols und Skouts eröffneten den Zug. Mitglieder des polnischen Obersten Volksrates und der polnischen Abgeordneten folgten. Für den Erzbischof stand ein Gelanzen der Sokols spannen. Wieder ab in dem durch den polnischen Aufzug zum Jubel der Polen die sich wie Inland gebärden. Der Festzug ging über den Alten Markt, durch die Neue Straße hinaus, über die Wilhelmstraße und durch die Martinstraße in die Bäckerstraße. An beiden Seiten des

Zuges fand zunächst die Bürgerwehr in dichter Reihe in voller Bewaffnung und neben der polnischen Schützen, wie sie zugleich eine Ehrenwache bildete. Dahinter fand die Bevölkerung in dicht gedrängten Reihen. Während des Festzuges des Marktes wurden polnische Lieder gesungen: "Koch ist Polen nicht verloren", "Gott, der du Polen". Natürlich durfte auch der Festzug der Sokols nicht fehlen, begleitet das Volk den Zug mit Juremichi, die wie im Wahnsinn durcheinander klangen: "Es lebe der Landtag", "es lebe Schlesien, Maslun, Pommerellen, Ermland, Wilzen, Sech" etc.

Die größte Menge der Teilnehmer war die Versammlung. Der Erzbischof hielt eine Begrüßungsansprache. In ihr dankte er dem Präsesenten Willen und dem Papste für ihre Anteilnahme an dem polnischen Volk. Darauf gab der Prälat Abamki einen Bericht der Tätigkeit des kommissarischen Obersten Volksrates. Bemerkenswert darin war die Mitteilung, daß sich der Oberste Volksrat in Posen an Pischke wegen militärischer Hilfe gewandt hatte, die aber noch im abgelehnt worden sei. Mit lautem Beifall wurde von der Versammlung die Mitteilung begleitet, daß der Oberste Volksrat der preussischen Regierung angeordnet habe, die Lebensmittel zu entnehmen, wenn der Heimschutz Off aufgestellt würde. Darauf wurden sechs Ausschüsse gewählt, die sofort ihre Beratungen in besonderen Zimmern aufnehmen und am zweiten und dritten Beratungstage Bericht erstatteten. Weiter wurde eine große Anzahl von Beratungs-telegrammen abgeleitet. Sie gingen an die Regierungen in Berlin, Wien, Brüssel, London, Rom, Athen, an die Regierung der ausgeübten Ethelwe, nach Schweden, an den König der Belgier, nach Wetzhausen, Lemberg, Krakau, Warschau und nach Österreich-Schlesien. Sie waren in dem Stil der damaligen polnischen Werbung unter den Feindmächten gehalten und voll der härtesten Anklagen gegen Deutschland. In die Selbstbestandtag wurde noch eine besondere, sehr feine Rundgebung verfasst, die folgendes Wort enthält: "Es ist die Abhaltung der Freiheit unserer nationalen Bewegung gegen mit Einbruch, und da wir die eventuelle Gewalt nicht mit Gewalt abwehren können noch wollen, richten wir an die Koalitionsmächte die Bitte um möglichst schleunigen Schutz und um Beistand durch Herbeiführung einer Vertretung der Verbündeten, die sich durch Augenblicke von den bei uns herrschenden Verhältnissen überzeugen müssen."

Die Beratungen der Ausschüsse vollzogen sich in der Verborgtheit der Ausschusszimmer. Das hatte den Vorteil, daß dort ruhig ausgesprochen werden konnte, was sonst das Licht des Tages scheuen müßte. Die Entscheidung waren mit einer gewissen Vorliebe abgeleitet, und dennoch beraten sie mangelhaft. So heißt es in der Resolution über das Verhältnis der Polen zur deutschen Revolution: "Die Polen unterstützen die revolutionäre Bewegung in Deutschland in der Bestimmung, daß sie die Errichtung der polnischen Reichs und Freiheiten auf alle Staatsbürger des Reiches im Auge haben. Daraus ergibt sich für die Volksräte mohnende Mitarbeit mit den A- und S-Wäten unter Wahrung jeglicher nationalen polnischen Würde und Ehre." Hier ist für uns das Bekanntnis merkwürdig, daß die Polen die revolutionäre Bewegung in Deutschland unterstützen. Das kommissarische Verhältnis der Hilfeleistung wird besonders betonen.

In einer Entscheidung zur Wahrung der Ruhe und Ordnung wird der polnischen Bevölkerung anbefohlen, daß sie in jeder Ortschaft eine Volkswehr einrichtet habe. Jeder Bürger von 18 bis 20 Lebensjahre wird aufgerufen und verpflichtet — vor allen besonders die Skouts, Sokols und Schützen —, sich der Volkswehr zur Verfügung zu stellen.

Die Abgabe von Lebensmitteln, also zur Trage der Ernährung, wird eine Anweisung an die neue Gasse empfohlen und ausgesprochen, daß zwar die Polen die Notwendigkeit einsehen, Deutschland vor dem Hungertode zu retten, daß aber dieser Standpunkt nicht verlassen wird, wenn die regierenden Kräfte oder das deutsche Volk gegenüber den Polen eine feindselige Haltung einnehmen.

Weiter verlangt man die Abkennung von unzulässigen Beamten. Außerdem ist eine polnische Kontrolle beigegeben werden. Der Selbstbestandtag beschloß ferner die Ausschreibung einer Nationalsteuer auf alle Polen im Deutschen Reich. Sie soll mindestens in der Höhe der Einkommensteuer erhoben werden und bis zum 15. Januar 1919 eingezogen sein. Als Behörden, die sie einzuziehen, werden die polnischen Volksräte benannt. Zur Prüfung der Ausschreibung und Abrechnung wird eine Rechnungskammer in Posen beigegeben.

Aus den Organisationen haben wir hervor, daß der polnische Oberste Volksrat von nun an aus 80 Mitgliedern gebildet wird. Davon stammen 28 aus Schlesien, 27 aus Posen, 13 aus Westpreußen, 2 aus Ermland, 3 aus Maslun, 4 von den Polen links und 3 rechts der Elbe. In ihm wird ein Vorstand aus fünf Herren beigegeben. Davon ist der Vorsitzende, der Arzt Krzymieniec, der 2. Vorsitzende Dr. Mielner und der Schriftführer Krzypski aus Posen. Westpreußen ist in ihm durch den Probst Dr. Wolski und Schlesien durch den Probst Dr. Polpisch aus Rottom vertreten. Das Kommissariat, also die Geschäftsführung, bleibt wie bisher, nur sind einige Zuwahlungen vorgenommen worden. Der Landtag vertagte sich. Der Vorsitzende, der

bisherige Abgeordnete Romicki, wurde ermächtigt, ihn nach Bedarf einzuberufen.

Überhört mit die Arbeit des polnischen Teilgebieteslandtages, so müssen wir feststellen, daß er sich bereits in einer offenen Revolte gegen die deutsche Regierung befindet. Die Entschliessungen und die Kundgebung an die Entente und die Leiter ihrer militärischen Stellen sind ein offener Vordreserret gegen Deutschland. Darüber hinaus richtet man sich darauf ein, sich von der deutschen Regierung völlig abzusondern. Die Vorbereitungen für eine selbständige Vermittlung werden vollzogen, eigene Einnahmen ausgeschrieben und eine Kontrollstelle eingerichtet.

An dem Verlauf des Teilgebieteslandtages fällt die Rolle des Erzbischofs Dabur auf. Er vertritt hier vollends die unparteiliche Stellung eines Kirchenfürsten und sieht sich als polnischer Volksführer. Bei aller Zurückhaltung ist die Stellung zur polnischen Aufstandsbewegung klar und uneingeschränkt abgegrenzt. Als Primas Polonia ist er der erste Führer, der die Vermittlung wünscht und den höchsten und besten Förderer der polnischen Pläne, dem Präsidenten Wilson und dem Papste in Rom, den Dank der Polen ausspricht. Zum ersten Male tritt die Person des Erzbischofs hier in einer politischen Rolle in die Öffentlichkeit. Das ist in voller Absicht geschehen. Diese Heroisierung in Verbindung mit der hohen Führung in der Aufsicht nach der Rückkehrtae kennzeichnen die Rolle, die er in der Vorbereitung des polnischen Aufstandes gespielt hat. In dem Heiligen Stuhl befindet sich der Präsident der geistliche und geistliche Spitze und unsichtbare höchste Zentrale der polnischen Befreiung und der Aufstandsbewegung. Diese Rolle hat er geradlinig weitergespielt.

Und doch war Dabur vorher „die Vertrauensperson der deutschen Regierung auf dem erzbischöflichen Stuhle in Polen gewesen“. Im Jahre 1915 war er über die Körper der Domherren von der preussischen Regierung in seinen Bischof nach dem Heiligen Stuhl beauftragt worden. Vom Königreich Preußen nach dem Könige von Preußen und dem Heiligen Stuhl von 1821 und der päpstlichen Bulle „De salute animarum“ hatte der König von Preußen das Recht, diejenigen Domherrenstellen zu besetzen, deren Inhaber in den ungarischen Monaten gestorben waren, unter der Voraussetzung, daß sie der Heilige Stuhl befreit. Obwohl bis zu dem Jahre 1892 kein einziger deutscher Domherr in den Bistümern der Provinz vorhanden war, hatte die Bulle der Koblenz in den ungarischen Monaten umringelt, daß der Sieg des Krieges die Mehrzahl der Domherren deutsch gesamt war. Das Domkapitel war nicht für die Wahl Daburs. Wahrheitsgemäß kannte es seine Einseitigkeit. Die falsch unterrichtete Regierung oder letzte sich über diese ganz gewiß beachtliche Meinung hinweg. Damit täuschte sie vor allem die deutschen Katholiken und die übrigen Deutschen in der Entscheidung Daburs. Man hätte sich für eine solche Wahl, welche die Feindschaft hat in der Erzbischofs-Gloria von Stambolnik wohl gekannt, als er in dem jugendlichen Alter von 32 Jahren zum Professor an dem Priesterseminar in Slesien ernannt.

Wie zur Kooperationsrevolution gab Dabur als der Vertrauensmann der preussischen Regierung. Als solcher hatte man ihm die Vermittlung zwischen Berlin und Warschau zugedacht. In ihrem Auftrage ist er während des Krieges oft tätig gewesen. Damals ließen in Warschau sehr viele Menschen für den preussischen Kaiser zu kommen. In Warschau war der Erzbischof Kankonik tätig, einer der größten Eiferer für die polnische Sache. Ein Feind Deutschlands und ein Verächter der Reformation. Dort antwortete damals als päpstlicher Legat der Kamillus Ratti (der heutige Papst), der selbst ein begabter Freund Polens war. In dieses Kollegium und in die politischen Kreise in Warschau führten die deutschen Aufträge den Erzbischof Dabur. Die deutsche Regierung war sehr bereit, alles, was sie für die Vermittlung zwischen Berlin und Warschau zu tun bereit war, zu tun. Dabur machte Berichte vor; das aber kann man aus seiner späteren Einstellung, aus dem Kreise, in dem er entfand, mit, dem er später in so vortrefflicher Übereinstimmung handelte, wohl sagen, zu Deutschlands Gunsten konnten keine Verhandlungen in Warschau nicht verlaufen. Vor allen erfuhr man durch ihn von Deutschlands Verlegenheiten loszulassen aus erster Hand. Erleben während des Krieges schon manches Mitleid gegen die Polen, die während des Krieges in Warschau war man aber in deutschen Kreisen entsetzt, als er sich am 14. November, also ganz kurz nach dem Ausbruch der Revolution, durch seinen Hirtenbrief in aller Öffentlichkeit für die polnische Seite erklärte.

Dabur dankte Wilson, dem damals mächtigsten Mann, den man als Freund der Polen ansah, und dem Papste. Dieser Dank galt nicht der Person des Heiligen Vaters, sondern der Politik des erzbischöflichen Stuhles. Dabei dachten die Polen nicht an die politischen Friedensverbindungen. An ihnen hatten sie kein Interesse. Es liegen Genugtuung genug vor, die beweisen, daß sie einen Friedensschluß mit allen Mitteln zu hinterziehen suchten. In die päpstlichen Friedensverbindungen hat auch der Primas Polonia nicht gedacht. Man dankte für positive Leistungen im nationalpolnischen Sinne. Wir wissen nicht, woran die Polen damals im besonderen gedacht haben. Es ist aber bekannt, daß der Heilige Stuhl am 15. Oktober 1918 ein Schreiben nach Warschau gerichtet hat, das den die Polen mit Beglückung sprach. Möglich, daß der Erzbischof auch daran dachte. Schließlich gewährt der Landtag einen tiefen Einblick in die Haltung und in den Charakter der Polen. Als sie mit einer Abordnung in Berlin vortraten, um die Genehmigung für den Landtag zu erreichen, legten sie einfach die Einberufung eines Landtages fort. Sie deuteten ihn nur als ein Treffen der polnischen Vertreter zu einer Sitzung. Es kimmerte sie nicht, daß das dem Geiste und dem

Verlaufe des Aufstiegs widergah. Der „Übertragungsfehler“ wurde als Notlage herbeigeführt. Ihre „Vorbereitungen“ und „Vorbereitungen“ gingen aber ungenutzt weiter. Die koblenzische Freiheit ihres Aufstiegens hatte aber bei der preussischen Regierung Erfolg. Man glaubte, oder man gab sich nicht zu glauben. Weiter verbierte sich der polnische Volksrat in seiner Kundgebung an die deutsche Bevölkerung zum 2. Dezember 1918, ebenso wie es die Vertreter in Berlin getan hatten, dafür, daß bei der Zusammenkunft der Delegierten in Polen „durchaus nichts Deutschfeindliches“ geschehen sollte. Und was geschah? Man dem Weg zum Kapitol in aller Öffentlichkeit mit dem Hofgelang gegen die Deutschen: die „Note“, die bis dahin verboten war. Die „Prärogat des Prälaten Stuhls, die im Wortlaut auch in deutscher Übersetzung verbreitet ist und im Beilein des Erzbischofs gehalten wurde, ist ein einziger aufsteiger, flammender Hofgelang gegen die Deutschen. Nichts ist so verflucht. Verbindungen wie „Brandstiftung, Räuber, Mörder, kreuzritterliche Reppel“, das leidet von diesem Inhalt nicht ganz verstanden wurde, mir ein unheimliches und göttliches Wortes und der gewöhnlichen Sätze durcheinander. Eine Prädigt, wie sie in der Kirchengeschichte der neueren Zeit einzig da steht. Sie endet in einer ekstatischen Anrufung der Heiligen, von denen die Zerfällung des deutschen Ostens erbeten wird:

„Heiliger Stanislaus von Syczanow, der du der Sage nach auf dem Schloßfeld von Grunowald (Kammerberg) den polnischen Kriegshelden standhaft, damit das kreuzritterliche Ungeheuer in Staub zerfallt, erbitte, mir bitten dich, mit dem Heiligen Stuhl in seinen in der Zukunft unüberwindlichen Streit und Frieden leben können.“

Heiliger Alabart, der du an der Ostflanke das Licht des Glaubens ausbreitetest und dein heiliges Haupt opferst, erbitte von Gott, mit bitten dich, daß dem Gott treuen Polen die polnische Rüste nieder gegeben werde.

Heiliger Hujynich wache, daß das Schmelzen der Platten zur polnischen Mutter zurückkehrt!“

Das alles sollte aber nach Ansicht der Polen „nichts Deutschfeindliches“ sein, auch die Kundgebungen an die Entente insgesamt und an die leitenden Mächte und Personen des Seindbundes insbesondere und das Ausbringen der feindseligen Slogans sollte nicht als Deutschfeindliches gedeutet werden. Und die deutschen Behörden erließen das mit und schrieben, nirgends war von einer Maßnahme in der Öffentlichkeit zu hören. Allein durch dieses Verhalten der katholischen Behörden war Polen schon tatsächlich aufgegeben worden und weite Teile des Ostens da, was auch immer noch zur Erhaltung dieser Vordreserret bei Deutschland im einzelnen geschehen mochte.

Verbindung ist, was Wapacki in der Sitzung des Teilgebieteslandtages am 15. November 1918, die er leitete, nach dem Auftrage der Delegierten in einer prächtigen Zuge von der „Piarische bis zum Kapitol, Wäckertruppe, unter dem Schirm der Volksswehr“. In dem Spalier standen gegen 1400 Mann Volksswehr und unter vorher eingeweihtes Militär war bereit, auf einen Wink hin von den Kolonnen und Sorts vor der Teilnahme aufzubrechen. Die Lage war gefährlich; denn nach militärischen Berichten mochten damals in Polen und Umgegend noch 12 000 Mann deutsche „Berum“ leben.“

Es ist bezeichnend, daß die Polen trotz aller Abtönungs- und Verhüllungsbemühungen mit einem militärischen Eingriff rechnen. Sie hatten sehr bestimmte Vorkerkungen getroffen, die zum offenen Kampfe führen mußten. Weiter darf in den Ausführungen nicht übersehen werden, daß die Forts schon damals von den militärischen Organisationen der Polen besetzt waren. Das alles aber war „nichts Deutschfeindliches“. Unverkäuflich, unerstickt durch den allgemeinen „Wärm“, durch ihre beabsichtigte Stellung im „A- und S-Rate und die Unmöglichkeit, die deutschen Mächte zu überzeugen. Die Organisation ist nicht mehr herausgegeben. Gegenmaßnahmen wurden nicht getroffen. Wahrscheinlich war das Generalkommando über den Stand der Dinge im einzelnen gar nicht unterrichtet. In diesem Zusammenhang erscheint es notwendig, auf eine bestimmte Fragestellung über die Geschichte des polnischen Aufstandes hinzuweisen. So, wohl auf polnischer wie auf deutscher Seite ist von der Willenshaft die Frage ausgenommen worden, ob der „Aufstand“ ein reibungslos abläuft, oder ob die Polen die Entscheidung der Friedenskonferenz abwarten wollten, oder vorzugehen, oder ob der „Aufstand“ letzten Endes nur durch einen Zufall ausgesetzt wurde.

Die Polen lassen kaum eine Gelegenheit überzugehen, in der sie nicht mit aller Bestimmtheit aussprechen, daß sie der Friedenskonferenz nicht notzuziehen wollen. Hundertfach ist diese Behauptung wiederholt worden. Den Worten haben aber nicht die Taten der Organisation die entsprechenden Beweismittel. Die Besetzung von Wasser- und Eisenbahnen, die Heilertuppen von Frankreich herübergehoben, benezelen das. Die „militärische Organisation“ hatte schon am 10. November den Aufstand in Polen beschloßen. Der polnische „Oberste Volksrat“ bemühte sich gleich in den ersten Tagen der sozialistischen Revolution um militärischen Bestand bei „Pilsniki“. Die Zurückhaltung bis „Beschwerden“ geschehe notgedrungen aus „Sensibilität“ der polnischen Regierung, die Polen lag nicht in der Hand der Entente. Sie hatten sie sich keineswegs überlassen. Die Feindbündnisse aber waren nicht für einen bewaffneten Aufstand, an allemöglichen Wilson. Dieser Einstellung kommen sie mit der Betonung ihrer Friedensliebe entgegen. Zwischenredn aber beantragt der Teilgebieteslandtag die Entsendung einer Abordnung bei den Seindbündnissen, die als ein Schutz bei dem Aufstande gedacht ist (man denke an Oberbefehligen), und übergibt die Verteidigung der polnischen „Belange dem polnischen

Rationalität in Paris. Man sorgte also für alle Fälle vor. Ganz offensichtlich haben die Polen mit dem Aufstand gerechnet. Von deutscher Seite würde ein Angriff nicht kommen. Das müßte sie am allerbesten, nachdem sie den Grenzschutz von dem Polener Gebiet ferngehalten hatten.

Die Verfassung der Polen, der Friedenskonferenz nicht vorgegriffen, darf überhaupt nicht erst genommen werden. Wer das tut, verkennt den polnischen Volkscharakter. Jeder Kenner des östlichen Handels weiß, daß man dabei unter Zutrufung Gottes zum Jenseitigen Wahrheit und unter Verhinderung gegen das eigene Leben das Unzählige behauptet. Diese Praxis ist auch in die Politik übergegangen, wie überhaupt in jeden Gagen mit einer Zerlegenheit und Sittenlosigkeit verbunden wurde. Die Irreführer lehren und darin methodisierte die polnische Gesellschaft mit ihren Beichtkindern. Man sollte überhaupt niemals außer Betracht lassen, daß die fanatisierte Gesellschaft durch ihre Teilnahme an den polnischen Aufständen und durch das Aufsteigen der schlimmsten und niedrigsten Eigenschaften des polnischen Volkes in seinen Augen jedes Mittel heiligste. Ehrlich gemeint war die Behauptung, der Friedenskonferenz nicht vorgegriffen, jedenfalls keinemwegs. Man müßte sich kampflos und marie als von geeigneten Augenblicke, um loszubrechen. Einmal mußte auch die grenzenlose Zerfahrenheit der sozialistischen Revolutionäre in Berlin ein Ende nehmen. Das notwendige Zeugnis mußte sich auch in den Deutschen einmal wieder regen. Dann war die Günst des Augenblicks vorüber. In Ostpreußen, in Baltikum und in Westpreußen rüstete man ohnehin zur Notwehr. Eine Reihe von Speichern ging fast täglich in die Höhe ab. Die Polen waren ausgesiegt unter der Führung der russischen Kräfte und Gehilfen wurde ihnen nichts gemein, wenn man sich bei der Entscheidung der Friedenskonferenz hätte beschließen sollen.

Zu der äusseren Aufmachung des polnischen Keilgebietesontages ist noch folgendes zu bemerken:

Die polnischen Zeitungen hatten tagelang vorher auf die Bedeutung des Vortages verwiesen und für eine würdige Ausstattung geworben. Außerdem polnischen Bildern und Zeichnungen in polnischen Farben wurden auf ihren Büchern getragen und an Hut, Mütze, Brust und dergleichen als Abzeichen gegeben. Kein Pole sollte ohne Abzeichen sein. Die Beflagung der Häuser war ansehnlich. Doch entsprach sie nicht den polnischen Erwartungen. Ich bin in jeden Gagen nie durch die Stadt bin und her gegangen. Die Stadt besflagt war sie nicht. Der Inhalt der Deutschen an der Beobachtung der Stadt besflagt sich deutlich. Die Beflagung war nur in der Altstadt, die Schrotke, der Zugang zur Pfarrkirche und die Polener Straße, in

dem Stadtteile Jerich, der eins der Hauptquartiere der Bonberger war. Die Gesellschaftspolitiker waren noch im Zweifel und hielten sich zurück. In den Fenstern sah man den weißen polnischen Adler auf rotem Felde und häufig auch die Wappen der polnischen Nationalhelden Kosciusko und Poniatowski. Der polnische Wappstein in der Artillerie und das Jüweliergeschäft Stark in der Reuen Straße hatten besonders auffällig geschmückt.

Bei den Vorbereitungen über den Keilgebietesontag ist auch über die Beflagung mit den Nationalfarben eine Entscheidung gefallen. Sie verdient hier als abweichendes Beispiel für alle Zeiten besprochen zu werden. Die Polen hatten den Wunsch, in ihren Farben zu flaggen. Manah ein anderer Wunsch ließ sich nicht erheben. Sie warfen im A und S und die Frage der Beflagung auf. Die Antwort kam und her. „Biel Erregung. Demjenigen auch viel Achtung zur Verleumdung und Ruhm. Da man sich auf eine bestimmte Flagge nicht einigen konnte, so folgte man schließlich den Befehl, jeder möge flaggen, wie ihm beliebt. Das war natürlich ganz und gar im Sinne der Polen. Sie haben das mit aller Frechheit ausgenutzt. So tief war schon das nationale Demutgefühl der revolutionären Kreise gesunken, daß man die Beflagung und jeden Stolz auf seine nationalen Farben verloren hatte und deutsches Land während fremder Beflagung preisgab. Die Polen flaggten nur in den polnischen Nationalfarben, aber es erschienen auch amerikanische, französische, englische und italienische Flaggen an polnischen Häusern. Deutsche Soldaten, die gegen sie abtreiben mit Aufbietung aller Kräfte gekämpft hatten, ließen sie sich in ihrem eigenen Lande nur die Augen stellen, als wäre der Befehlstand der Polener Gagen bereits aufgegeben. Die Erfüllung in dem deutschen Bürgerrechte war bereits untergegangen.“

Die Begeisterung der Polen schien sich während des Vortages auf Tag zu Tag zu steigern. Am Vortage des 4. Dezember bin ich in die Altstadt gegangen, um den Aufzug der Delegierten von der Messe zum Apollotag zu sehen. Ich mischte mich unter die dicke Menge auf dem Alten Markte, der Reuen Straße und dem Wilhelmplatz. Sobald ein Delegierter aus der Kirche kam, hoben ihn zwei Männer auf die Schultern und trugen ihn von rechtsmächtig meilen und unbewegten Weg zum Apollotag. So entstand eine lange Kette auf Menschenschultern reisender Delegierter. Die Menge zu beiden Seiten lehnte wie im Delirium durcheinander. Ich hörte: „Es lebe Dr. Meißner, Faberer, Seiba usw. Man war völlig außer sich vor Stolz und patriotischen Eifer. Von dieser Zeit an demüßigte sich der Deutschen die Achtung. Sie hätten je nach dem Palooerlag. Ein Janke nar, und es müßte aufhören. Und dieses Gefühl hat sie nicht getragen.“ (Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen des BDO.

Der Bundesführer.

In den Bundesführer des BDO, berief ich in den Bundeshauptmann der Provinz Oberpfälzer und Untergruppenführer Pa. D. B. G. K. den Generalsekretär der Staatsarchiv, Prof. Dr. Brackmann, den Vorsitzenden des Gesamtvereins deutscher Schriftsteller- und Altkameradschaft, Pa. Prof. Dr. Hoppe, den Reichsführer des BDA, Pa. Dr. Steinacker, sowie den Führer des Deutschen Schutzbundes und des Bundes Deutscher Wesen, Pa. Dr. Ernst.

Hiermit berufe ich Pa. Schulrat Kollermann, Schwermün (Merkel), Palooerlag 18, zum Landesführer der Bundesgruppe Niederrhein-Lübbeck.

Ich bestimme Pa. D. O. P. L. P. S., endgültig als Landesführer Halle-Merfeld, Pa. Dr. Holter 311, Berlin, als stellvertretenden Landesführer der Bundesgruppe Berlin, sowie Pa. G. O. W. E., Guben, als neuen Führer der Untergruppe Panitzsch-Ost.

Pa. Weer, Landesführer Bayern-Pfalz des BDO, hat in der Bundesführung die Abteilung Südost übernommen.

Dr. C. Lübcke.

Dr. C. Lübcke und Dr. C. E. E. wurden in den Volkspolitischen Ausschuss des BDA. berufen.

Der Landesführer Ostmark.

Der Führer der Bundesgruppe Ostmark teilt mit, daß der Bundeskulturwart Pa. Paul Urban in Sorau K.-L., der Regierungsrat Alfred Lindemann in Berlin zum Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Abteilung Kurmark, und der Gauinspektor der Ostmark Martin Liebrecht in Frankfurt (Oder) in den Landesführer berufen worden sind.

Ernennungen.

Der Reichsjugendführer Walter von Schirach hat den Führer des Gebietes Ostland, Obergruppenführer Pa. Dr. S. H. P. O. L., von seinem Amt zurückgezogen, weil er als Jugendreferent in der Reichsministerialverwaltung und Abteilungsleiter in der Reichsjugendführung mit der Arbeit überfordert ist. Mit der Führung des Gebietes Ostland ist der bisherige Führer des Oberbarnes Danzig-Westpreußen, Obergruppenführer Schramm, beauftragt.

Aus der Arbeit des BDO.

Bundesführer Dr. C. Lübcke sprach in Hamburg vor dem BDO, der Städtewahl und der Jahreshochzeit zum Apollotag des BDO, in Hannover wohnte er der Eingliederungsverammlung des Vereins der Danziger in den BDO, bei und nahm nach einer Ansprache über den Kaufbau der Ostbeit die Regelung der Danziger Sabbe vor.

Die Ortsgruppe Königsberg des BDO, hatte zum 1. Oktober zu ihrer ersten großen öffentlichen Kundgebung aufgerufen. Nach dem Einmarsch der Sohnen des Banns Königsberg der SA, sprach Landesführer Pa. Dr. Oberländer über Ostpreußens Aufgabe im Ostraum. Er zeigte an dem Beispiel Rußlands, wie verheert es ist, die Geleise des Weltkriegs — Volksgarnung gleich Staatsgrenze — auf den Osten übertragen zu wollen. So heißt es, das Ergebnis der russischen Rationalitätspolitik: 30 von 95 Millionen Menschen Sommerlands haben keine Kulturautonomie, darunter auch die 900 000 Deutschen. Der Osten hat eben, genau wie der Westen, seine eigene Eigenständigkeit. Aus der Haltung Rußlands und des Weltkriegs leitet sich die Aufgabe Ostpreußens her: Vertretung unserer eigenen Nationalismus und unserer eigenen Sozialismus. Ostpreußen lebt in einem Grenzkampfgebiet. Grenzkampf aber verlangt alle jene preußischen Tugenden, die unseren Sozialismus verkörpern. Am Grenzland gibt es keine Arbeit, die nicht politisch ist. Der Bund Deutscher Osten hat die Aufgabe, zu dieser Arbeit die Menschen zu organisieren. — Der Vortrag wurde unter dem gleichen Thema von Pa. Dr. H. P. O. L. in der Ostmark gehalten, der auch die einzelnen Arbeitsgebiete des Bundes einigend, deren wichtigste die Schulung und die Kulturarbeit sind. Kulturarbeit ist niemals von Politik zu trennen. Ziel des Bundes Deutscher Osten ist die Erfüllung der Aufgabe, die der Führer ihm übertragen hat, und diese Aufgabe besteht: Jeder Deutsche ein Grenz kämpfer!

Haus „Kurmark“.

Liste Nr. 16.	übertrag: 1902,70 RM.
Ortsgruppe Stendal	15,—
Ortsgruppe Wismar	10,—
Ortsgruppe Wittenberg	6,50
Ortsgruppe Wilhelmshagen-Niirtingen	5,—

Stand am 1. November 1935 1941 — RM.

(Berichtigung: Statt ehem. Jugendgruppe Potsdam muß es in der letzten Spendensliste heißen: ehem. Jugendgruppe Eberswalde.)

Verfammlungen.

Ortsgruppe Berlin - Reinickendorf: Monatsversammlung am Donnerstag, 9. November, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Sabau, Weißbühlstr. 124.

6 v. H. Reichsschuldbuchforderungen.

Zeit unserer letzten Veröffentlichung der Schuldbuchliste hat sich der Kursstand kaum merklich geändert. Zu die Beobachtungen in der Frage der größeren Tilgungsumfängen sind dem Reinsichtswerte beizufügen auch auf der anderen Seite sind die entprechenden Verhältnisse hinsichtlich der Auszahlung zu beachten, welche für die nächste Zeit mit einem weiteren Wachsen der Schuldbuchausgaben zu rechnen ist. Obwohl die höheren Zinssätze in den letzten Monaten erheblich gesunken sind, haben wir einen kleinen Anstieg feststellen in früheren Jahren. In andere gute Alternativen, die bisher verhältnismäßig wenig, besonders für den Schuldbuchbesitzer, der seine Schuldbuchforderungen als Kapitalanlage betrachtet, für uns reichlich. Die Kapitalrente für den Schuldbuchbesitzer 6 v. H. u. d. H. kann durch Schuldbuchbesitzer, die Zinssätze hierunter liegen, entsprechende Vorstände zu machen.

Am 1. November d. J. wurden folgende unschuldliche Verfallenssummen:

Table with 4 columns: I., II., I., II. containing numerical data for various categories.

Schleusenbauamt. 1944 43 5 u. G. 1940/46 304, u. G.

Ostmärkische Spar- u. Darlehnskasse e. G. m. b. H., in Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1932.

Balancesheet table with columns: Aktiva, Passiva, and sub-categories like Kassenbestand, Guthaben, etc.

Table listing members (Mitglieder) with columns for status at end of year and current year.

Am Laufe des Geschäftsjahres haben sich die Geschäftsguthaben um 3900,— M., und die Passivsummen um 27 300,— M. vermindert. Gesamtbetrag der Passivsumme, für welche alle Gesellschafter am Schluss des Geschäftsjahres aufzukommen haben, beträgt 97 600 M.

Berlin, den 23. Oktober 1933
gez. Klume, gez. Jajnsfi

Aufbaukredit für Grenz- u. Auslandsdeutsche G. m. b. H.

Berlin W. 30, Mohrstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von 6% Reichsschuldbuchforderungen

durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditgelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Berlin: Bund Deutscher Osten e. M., Berlin W. 30, Mohrstraße 22 - Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 - Volkshof: Berlin 104726. Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kretsch, Berlin-Griedenau - Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Zimmerstraße 7/8.

Familiennachrichten.

Holsteine Sophie: Walterrieder Richard 2. u. 2. und Frau Anna, geb. Zinze, früher in Meiningen, wohnhaft in Weizsäcker, Meiningen, 20. 12. 11.
Schöneberg: Auguste, geb. 18. 11. 1893, gebürtig aus Berlin, ein gebürtiger Berliner, dort auf eine zahlreiche Tätigkeit im Einzelhandel, von der sie jetzt 34 Jahre an der Spitze der Stadt Weizsäcker, wohnhaft in Weizsäcker, lebt.
Vollst. Verfallenssummen: 1944 43 5 u. G. 1940/46 304, u. G.
Berliner: Auguste, geb. 18. 11. 1893, gebürtig aus Berlin, ein gebürtiger Berliner, dort auf eine zahlreiche Tätigkeit im Einzelhandel, von der sie jetzt 34 Jahre an der Spitze der Stadt Weizsäcker, wohnhaft in Weizsäcker, lebt.
Vollst. Verfallenssummen: 1944 43 5 u. G. 1940/46 304, u. G.

Vuchbesprechungen.

Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Rotgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Heft 20. Verlag der Rotgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft für den Buchhandel, Carl Sigismund Verlag, Berlin. - Das Heft enthält zwei Beiträge über neu- und frühgeschichtliche Forschung in Deutschland, und Reden, die auf der Wissenschaftlichen Kundgebung der Rotgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft in Königsberg i. Pr. am 13. und 14. Mai 1933 gehalten wurden. Von den Arbeiten der Sammlung interessiert vor allem der Vortrag von Carl Schaubert-Berlin über Nord- und Ostpreussens Burgenforschung. Dr. J.

Besuch den Deutschen Osten!

Wer kennt

die jegige Anschrift des späteren Oberpostinspektors Gerde in Stettin, früher Hofrat in Posen?
Gew. Angaben unter 3018 an das „Ostland“ erbeten.

Wer kennt

die jegige Anschrift 1. des Herrn Robert Wendi aus Reiffersheim Kreis Hohenalga, 2. des Herrn Hermann Müller aus Hermann Kreis Schwyz, 3. des Herrn Alfred Klepisch aus Dittmire, Kreis Magdon, 4. der Frau Christine Rothenbusch aus Krenzholz, Kreis Hohenalga, 5. der Frau Lina Brückmann aus Bromberg?

Es handelt sich um die Emigrantenerheber. Gew. Angaben unter 3019 an das „Ostland“, erb.

Glänzende Existenzen!

- List of properties and businesses for sale, including 'Wohn- u. Geschäfts-Eckgrdt.', 'Fabrikationswerk', 'Bauwerk', etc. with prices.

Wichtig für alle Kriegsteilnehmer etc.
Wissen Sie, welche Auszeichnungen Ihnen ausstehen?
Name: Paul Kist, Ordens-Abschreiben, Berlin SW. 19, Seyditzstr. 19.